

Oschlies, Wolf

**Research Report**

## Süd-Serbiens Presevo-Tal: Interethnischer Brennpunkt oder regionales Befriedigungsmodell?

SWP-Studie, No. S 27/2001

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Oschlies, Wolf (2001) : Süd-Serbiens Presevo-Tal: Interethnischer Brennpunkt oder regionales Befriedigungsmodell?, SWP-Studie, No. S 27/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252392>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Wolf Oschlies*

# **Süd-Serbiens Preševo-Tal:**

interethnischer Brennpunkt oder  
regionales Befriedungsmodell?

S 27  
September 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen	5
Akteure und Anfänge eines Konflikts	7
Balkanische Ängste, serbische Anfangserfolge	10
Der Čović-Vorschlag	13
Der Čović-Plan und seine (beginnende) Implementierung	17
»Der Krieg in Süd-Serbien ist beendet«	21
Der Modellcharakter des Čović-Plans und der Krieg in Makedonien	23
Ein Modell für das Kosovo?	26
Anhang: Preševo-Tal – Land, Leute, Konflikte	32
Multiethnizität in (Süd)Serbien	32
Zur politischen Bedeutung des Preševo-Tals	33
Bewaffnete Albaner im Preševo-Tal	36
Abkürzungen	37

*Motto*

»Die Albaner würden nicht einmal dann  
unter die Verwaltung Belgrads zurückkehren,  
wenn man dort anstelle von Milošević  
Mutter Theresa wählte.«

*Veton Surroi*

**Süd-Serbiens Preševo-Tal:  
interethnischer Brennpunkt oder  
regionales Befriedigungsmodell?**

Zehn Jahre nach Ausbruch des Kriegs in Ex-Jugoslawien, sechs Jahre nach Dayton, zwei Jahre nach dem Ende der NATO-Mission im Kosovo kommt der gesamte Raum noch immer nicht zur Ruhe. Mehr noch: Gerade dort, wo die internationale Präsenz am stärksten ist – in Bosnien, im Kosovo etc. –, sind interethnische Aggressivität und politische Stagnation am ausgeprägtesten. Ein Konfliktmanagement würde der internationalen Gemeinschaft leichter fallen, wenn sie eine umfassende Konzeption hätte – die sie noch nicht haben kann, weil die Entwicklung einer solchen Konzeption mit einer massiven Selbstkritik an der NATO-Mission und ihren Folgen einsetzen müsste. Eine in westlichen, speziell amerikanischen Medien betriebene, gelegentlich schmerzliche Fehlerdebatte hat die kausale Verknüpfung früherer westlicher Fehlperzeptionen mit aktuellen balkanischen Fehlentwicklungen aufgezeigt: Die NATO-Mission von 1999 war ein in vieler Hinsicht umstrittenes Unternehmen, das kein Problem löste, aber viele vertiefte und für die internationale Gemeinschaft neue schuf. Das Kosovo war nicht reif für eine Unabhängigkeit und ist es gegenwärtig weniger denn je. Ein unabhängiges Kosovo müsste zugleich von der NATO beschützt und von der internationalen Gemeinschaft am Leben gehalten werden, wäre dabei aber Ermutigung für albanischen Nationalismus und Sezessionismus in Nachbarländern, folglich eine Bedrohung für die gesamte Region. Europa und die USA werden noch häufiger als bisher darüber debattieren, wer wieviel finanzielle und militärische Verantwortung im Kosovo übernehmen soll, dabei aber wissen, daß die gesamten internationalen Einsatzkräfte dort bestenfalls imstande sind, die fragile Gegenwartssituation in etwa zu kontrollieren, ohne daß daraus die Konturen eines dauernden Friedenskonzepts erwachsen.

In dieser Situation kommt den Ereignissen im südserbischen Preševo-Tal allseitiges Interesse entgegen. Denn dort wurde ein 16 Monate währender bewaffneter Konflikt durch eine dauernde Friedensregelung so erfolgreich beendet, daß der Initiator dieses Erfolgs, der serbische Vizepremier Nebojša Čović, für weitere Aktionen dieser Art herangezogen wurde. Sein Plan einer friedlichen Integration von

Albanern, sein Verhandlungskonzept einer Verbindung von diplomatischer Geduld, interethnischer Toleranz und militärischer Zurückhaltung und sein Anfangserfolg in einer kleinen Region sind zumindest drei Novitäten, die auch festgefahrene Situation in größeren Räumen »aufbrechen« könnten.

Neuerdings ist Serbien in die internationale Gemeinschaft zurückgekehrt, als Stabilitätsfaktor in Südosteuropa anerkannt, und diese neue Wertschätzung erschwert den Kosovo-Albanern die Erreichung ihres Ziels einer souveränen »Republik Kosova«. Den Verfechtern dieser Option wurden mehr und mehr politische und finanzielle Unterstützung sowie überhaupt internationale Aufmerksamkeit entzogen, was sie zu wachsender Radikalisierung veranlaßte. Mit dem Fortfall des einstigen Hauptgegners brachen im Kosovo inneralbanische Konflikte und Rivalitäten auf, die in den vordemokratischen Clan-Strukturen wuchern konnten und nur durch neue Frontstellungen temporär zu überdecken waren.

Dieser Gewalt-Automatismus ließ sich seit dem Herbst 2000 im südserbischen Preševo-Tal exemplifizieren, und den Vorgängen dort gilt die nachfolgende Darstellung. Was als neuer Brandherd begann, endete mit regionaler Befriedung – und zwar unter so ermutigenden Auspizien, daß sich plötzlich das lange gesuchte, nie gefundene Modell für eine Zukunft des Kosovo zu zeigen schien. Dieses Modell sollte, und das ist die Empfehlung der vorliegenden Studie, unter vielerlei Aspekten beachtet und aufgegriffen werden: Es ist eine genuin regionale Initiative (an der die internationale Gemeinschaft nur mittelbar beteiligt war); es präsentiert sich als ein in Strategie (Befriedung und Integration der Albaner), Taktik (wenige unverhandelbare Essentials, großer Spielraum für weitgehende Abmachungen) und Implementierung (Phasen- und Zeitplan) optimal vorbereitetes Konzept; es erscheint als Lehrstück einer Gesprächsdiplomatie, die von Gegenerkennung rasch zur regionalen Sicherheitspartnerschaft fortschreitet; und es wirkt wie eine erprobte Lösung von Problemen, die anderswo ähnlich bestehen und in ähnlicher Weise gemeistert werden können. Im Herbst 2001 wird im Kosovo gewählt. Bis dahin könnte das Čović-Modell vermutlich auch in Makedonien eine weitere Tauglichkeitsprüfung bestanden haben und sich somit ebenso für eine Anwendung im Kosovo empfehlen.

## Akteure und Anfänge eines Konflikts

Die Kosovo-Albaner, 1999/2000 noch Opfer der Milošević-Diktatur und Schutzbefohlene der internationalen Gemeinschaft,<sup>1</sup> gerieten spätestens seit Anfang 2001 in die Gefahr, durch die Verfolgung irredentistischer Absichten und Inszenierung terroristischer Übergriffe die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur (seit Helsinki 1975) in Frage zu stellen und sich den um balkanische Befriedung bemühten Staaten und Allianzen zu entfremden.<sup>2</sup> Die albanischen Terrorakte weiteten sich nicht nur auf international vereinbarte Sicherheitszonen in der Region aus<sup>3</sup> – sie häuften und verschärfen sich auch in dem Maße, wie sich in der ganzen ehemaligen Konfliktregion die Anzeichen bevorstehender Friedenslösungen vermehrten.<sup>4</sup> Und sie schienen in einer Weise »synchronisiert«, daß sie die internationale Aufmerksamkeit von aktuellen Hauptbrennpunkten abzulenken vermochten.<sup>5</sup>

Motive, Akteure und Ziele dieser Aktionen waren weitgehend unklar. Klar scheint nur zu sein, daß es sich nicht um Kämpfe für Menschen- und Minderheitsrechte handelte, auch nicht für das oft beschworene *Groß-Albanien*. Vorstellbar ist eher eine konzertiert militante Aktion zur Schaffung eines *Groß-Kosovo* in Gestalt einer Militärdiktatur der *Befreiungsarmee des Kosovo* (UÇK) und der von ihr etablierten politisch-kriminellen Strukturen über ein ethnisch gesäubertes und »vereinigtes« Territorium, bestehend aus dem Kosovo (albanisch *Kosova*), Südost-Montenegro (*Maljsija*), Süd-Serbien (*Dardanija*), West-Makedonien (*Ilirida*) und Nord-Griechenland und bewohnt von knapp drei Millionen Albanern.<sup>6</sup> Sollte das ein »real existierender«

Plan sein, dann sind die ihm entgegenstehenden Barrieren unverkennbar, die in dem hohen Integrationsgrad der Albaner in Montenegro und Makedonien, in ihrer ethnischen Entfremdung vom »Mutternvolk« (Griechenland) und in ihrer gerade beginnenden Aufwertung in Serbien begründet liegen. Andererseits gibt es seit wenigen Jahren ein »Manifest« der Albanischen Akademie der Wissenschaften mit detaillierten Anweisungen für die Albaner außerhalb Albanien, welche Forderungen sie stellen und welche Aktionen sie starten sollten, um ihre »Befreiung« zu erlangen.<sup>7</sup>

Rückhalt der allgemeinen Friedensbemühungen und -hoffnungen war ein von der neuen serbischen Führung erarbeiteter Plan für eine Befriedung des südserbischen Preševo-Tals (mit möglichen vertrauens- und friedensstiftenden Auswirkungen über dieses Tal hinaus), den albanische Extremisten ablehnten, die internationale Gemeinschaft aber begrüßte.<sup>8</sup> Sie würdigte die gewissermaßen konstruktive Simplizität des Plans, die ihn auch für weitere Konflikte anwendbar erscheinen ließ: Frieden basiert auf wiedererlangtem Vertrauen, Vertrauen entsteht durch Nähe, Nähe bedeutet konkret die Rückkehr von Flüchtlingen, und für diese Rückkehr müssen Sicherheit und ökonomische Perspektiven vor Ort garantiert sein – alles Elemente, die der Plan enthielt und nach dem Urteil von Ruud Lubbers, ehemals Premier der Niederlande und heute UN-Flüchtlingskommissar, auch implementierte.<sup>9</sup> Vorrangig zielte der Plan auf eine Normalisierung der gespannten Lage in der Region, die eine *Boden-Sicherheitszone* gemäß dem *Militärisch-Technischen Abkommen von Kumanovo* war (am 9. Juni 1999 zwischen NATO und *Jugoslawischer Armee* [V] vereinbart).

1 Detailliert dazu Matthias Küntzel, *Der Weg in den Krieg – Deutschland, die Nato und das Kosovo*, Berlin 2000.

2 Ljiljana Smajović, *Kosmet – Rešavanje nerešivog* [Kosmet – Lösung des Ungelösten], in: NIN, 19.10.2000, S. 23; *Kosmet* ist die Abkürzung von *Kosovo Metohija*, der offiziellen serbischen Bezeichnung für das Kosovo.

3 Renate Flottau, *Die Spur der Roten Adler*, in: *Der Spiegel*, (2000) 49, S. 222–224.

4 Ulrich Ladurner, *Die Extremisten*, in: *Die Zeit*, 30.11.2000, S. 14.

5 Ljubiša Popović, *Kosovska Mitrovica – Beirut na Ibru* [Kosovska Mitrovica – Beirut am Ibar], in: NIN, 8.2.2001, S. 19.

6 Šta hoće Albanci – Mapa, pa teritorija [Was die Albaner wollen – Die Landkarte und das Territorium], in: *Reporter*,

27.2.2001, S. 29–32.

7 Filip Tesař, *Albánská otázka z albánského úhlu pohledu* [Die albanische Frage aus albanischem Blickwinkel], in: *Mezinárodní vztahy* (Prag), (2001) 2, S. 107–110; für den Autor, einen angesehenen tschechischen Balkanologen, ist dieses »Manifest« ein »politisches Pamphlet« und »Pendant des berühmten Memorandums der Serbischen Akademie« von 1986.

8 Georgi Koritarov, *Zadava li se »Černa prolet za Južna Sārbija?* [Braut sich ein »schwarzer Frühling« in Süd-Serbien zusammen?], 13.2.2001, <http://www.mediapoolbg.com>.

9 Ž. Matić, *Model sa juga Srbije primeniti na druga žarišta* [Den Plan von Süd-Serbien auf andere Brennpunkte anwenden], in: *Politika*, 10.6.2001, S. 7.



Serbien, zwischen März und Juni 1999 Ziel von 38 000 Bomberflügen der NATO und entsprechend zerstört,<sup>10</sup> erfreut sich seit Monaten eines derart demonstrativen internationalen Wohlwollens, daß es sich erlauben konnte, in allen Zentren der euroatlantischen Partner die konsequente und umfassende Beachtung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1244 anzunehmen, die das Kosovo entgegen albanischen Sezessions- und Souveränitätswünschen als »integralen Bestandteil« der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) bezeichnet und behandelt.<sup>11</sup> Die internationale Erleichterung darüber, in Belgrad statt des *war-lords* Milošević zuverlässige und kooperative Partner vorzufinden, ging so weit, daß man die (abnehmende) serbische Weigerung, Milošević ans *Haager Kriegsverbrecher-Tribunal für Ex-Jugoslawien* (ICTY) auszuliefern,<sup>12</sup> zwar nicht gerade goutierte, sie aber kompromißbereit behandelte.<sup>13</sup> Die internationale Gemeinschaft räumte ein, daß mit dem Sturz Miloševićs keine »unmittelbare Gefahr« im Kosovo mehr bestünde. Daher konnte auch die KFOR auf 42 000 Mann reduziert werden. Das eigentliche Kosovo-Problem, die Unvereinbarkeit des serbischen Standpunkts (Autonomie) mit dem albanischen (Souveränität), war im Grunde schwieriger geworden: Da sich für eine kosovarische Souveränität auch international keine Zustimmung findet, mußte man Serben und Albaner an den Verhandlungstisch bringen<sup>14</sup> – was bei letzteren ausgeschlossen scheint. Gerade liberale Albaner wie Veton Surroi verwiesen darauf, »daß das Streben nach Unabhängigkeit für die Albaner unumkehrbar ist, egal, welche Schritte die internationale Gemeinschaft unternimmt«. <sup>15</sup> Für die französische Balkan-Expertin Florence Hartmann war absehbar, daß die territorialen Grenzen dieses unabhängigen Kosovo

10 Vlade Zarić, Posledice NATO agresije i mogućnosti obnove [Die Folgen der NATO-Aggression und die Möglichkeiten des Wiederaufbaus], in: *Ekonomika politika*, 13.9.1999, S. 20–21.

11 Wortlaut der Resolution in: Erich Reiter (Hg.), *Der Krieg um das Kosovo 1998/99*, Mainz 2000, S. 222–228.

12 Miloš Vasić, Stezanje obruča [Blockade der Reifen], in: *Vreme*, 1.3.2001, S. 11–16.

13 Dragana Matović, Jedan optužnik a dva gospodara [Ein Angeklagter und zwei Herren], in: *Reporter* (Banja Luka), (27.12.2000) 140–142; Vanja Mekterović/Veliborka Staletović, Milošević na pijaci [Milošević auf dem Markt], in: *Reporter*, (20.2.2001) 148.

14 Klaus Reinhard, Lehren aus dem Kosovo – Militärische und politische Herausforderungen, in: *Internationale Politik*, (2001) 3, S. 32–36.

15 Veton Surroi, Das Experiment Kosovo. Ehrgeizige Ziele – Unrealistische Erwartungen, in: *Internationale Politik*, (2001) 3, S. 27–31.

noch *nicht* feststanden, vielmehr nach dem Vorbild der aggressiven Methoden des Slobodan Milošević von albanischen Extremisten ausgeweitet werden sollten.<sup>16</sup> Das bedingt momentan ausufernde Kampfhandlungen, die aber nicht zu dem von Albanern gewünschten Ende führen werden, denn »mit Milošević ist der offizielle Legitimationsgrund für die Forderung nach der Unabhängigkeit Kosovos geschwunden«. So befand die deutsche Südosteuropa-Spezialistin Marie-Janine Calic, die die neuerlichen Gewaltakte kausal mit dem Abgang Miloševićs verknüpfte:

»In gewisser Weise hat die neue Lage in Serbien zu einer teilweisen Radikalisierung unter den kosovarischen Kräften geführt. [...] Es geht darum, die albanische Frage weiter auf der internationalen Tagesordnung zu halten und die Option serbisch-albanischer Koexistenz in einem gemeinsamen Staat zu verhindern – dies obwohl, oder vielleicht gerade weil die neue Führung in Belgrad einen grundsätzlich neuen Ansatz gegenüber der albanischen Minderheit verfolgt. Die jugoslawische Seite hielt sich mit militärischen Reaktionen bislang zurück und hat dafür das Lob der Staatengemeinschaft geerntet. [...] Die albanische Guerilla und ihre politischen Vertreter haben den Plan umgehend zurückgewiesen. Sie haben kein Interesse an einem Ausgleich.«<sup>17</sup>

Gewandelte Serben, radikalisierte Albaner, dazwischen die internationale Gemeinschaft. Am besten haben sich die Serben in diesem Dreieck eingerichtet. Alle positiven Entwicklungen nach dem Sturz Miloševićs haben bei ihnen und anderen Hauptbeteiligten zu einer unverkennbaren, gewissermaßen »deresignativen« Wiederaufwertung des Kosovo-Problems geführt:

□ Die Serben hatten das Kosovo im Grunde längst aufgegeben, ökonomisch schon in den 80er Jahren (als sie ihre Investitionen drastisch verminderten),<sup>18</sup> demographisch in den mittleren 90ern (als sie kaum einen Flüchtling aus Kroatien oder Bosnien dort ansiedelten)<sup>19</sup> und politisch mit dem Auf-

16 Florence Hartmann, La prochaine guerre de Monsieur Milosevic, in: *Politique Internationale*, (Frühjahr 2000) 87, S. 81–93.

17 Marie-Janine Calic, Nach dem Machtwechsel in Jugoslawien – Gedämpft optimistische Aussichten für die Zukunft, in: *Internationale Politik*, (2001) 3, S. 21–26.

18 Besim Abazi, Koliko košta Kosovo [Wieviel das Kosovo kostet], in: *Vreme*, 25.11.1995, S. 25; Branka Kaljević, Kosovska ekonomija – mit i beda [Kosovo-Ökonomie – Mythos und Elend], in: *Vreme*, 23.5.1998, S. 28–29.

19 Perica Vučinić/Dragoslav Grujić, Srbija cela, Kosovo iz dva dela [Serbien ganz, Kosovo zweigeteilt], in: *Vreme*, 1.5.1995, S. 8–10.

tauchen der UÇK 1997.<sup>20</sup> Der Rest waren nationalis-  
tische Erklärungen von Politikern wie Vojislav  
Šešelj (Radikale),<sup>21</sup> Mira Marković (JUL)<sup>22</sup> und ande-  
ren, »patriotische« Meetings, populistische Phrasen,  
die das »heilige« Kosovo als »Wiege des Serbentum«  
beschworen etc. Das alles konnte, je länger je weni-  
ger, darüber hinwegtäuschen, daß das Regime am  
Kosovo kein Interesse, die Kosovo-Serben kein Ver-  
trauen zu Milošević mehr hatten.<sup>23</sup> Jetzt scheinen  
immer mehr Serben zu spüren, daß eine resignative  
Einstellung zum Kosovo nicht nötig ist, daß es viel-  
mehr eine längerfristige Möglichkeit gibt, die Re-  
gion friedlich in den eigenen Staat zu reintegrieren  
– in einer Weise, die auch noch zu positiver Pro-  
filierung in der internationalen Gemeinschaft  
verhilft.

- Auf westlicher Seite muß man nicht mehr fragen,  
»warum etliche internationale Stimmen auf einmal  
die Schwierigkeiten des internationalen Protektor-  
rats im Kosovo überwinden wollen, indem sie den  
Albanern die klare Aussicht auf Unabhängigkeit  
geben«. Weil die noch vor kurzem resignativ ver-  
drängte Regel – »Jede Kosovo-Regelung, die keine  
Regelung für die ganze Region ist, wird nicht von  
Dauer sein«<sup>24</sup> – eine realistische Lagebeschreibung  
und eine realisierbare Friedenslösung für den Zen-  
tralbalkan enthält.

**20** Dejan *Anastasijević*, Sahrana svake nade [Begräbnis jeder  
Hoffnung], in: *Vreme*, 4.12.1997, S. 6–7.

**21** Vojislav *Šešelj*, Razaranja sprskog nacionalnog bića [Zerstö-  
rungen des serbischen nationalen Wesens], Belgrad 1992,  
S. 43ff.

**22** Mira *Marković*, Odgovor [Antwort], Belgrad 1993, S. 79, 182,  
199, 217.

**23** Otac *Sava* (Interview): Gluve uši Beograda [Die tauben  
Ohren Belgrads], in: *Vreme*, 27.2.1999, S. 10–11.

**24** Hier wurde zweimal Dr. Bernhard *Küppers*, SZ-Korrespon-  
dent in Belgrad, zitiert; vgl. Podiumsgespräch: Zukunft einer  
Konfliktregion, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, (2000) 3,  
S. 235–265 (242).

## Balkanische Ängste, serbische Anfangserfolge

Spürbar war seit Ende Januar 2001 bei allen Beteiligten – am wenigsten bei den Preševo-Albanern, am meisten bei den Serben, hier und da sogar bei der internationalen Gemeinschaft<sup>25</sup> – die Befürchtung, zu Beginn des Frühjahrs könne es zu einer »Offensive« der UÇPMB kommen. Serbische Publizisten wie Tomislav Kresović<sup>26</sup> warteten gar schon mit erschreckenden Details auf: Vom 20. März bis zum 10. April könnte diese Offensive vorgetragen werden, an der »5 bis 6000 Terroristen« beteiligt wären, die »in drei bis vier Stoßrichtungen« aus dem Kosovo (Raum Kosovska Mitrovica–Gnjiljane) und aus Nord-Makedonien (Kumanovo) in das Preševo-Tal vorrückten.<sup>27</sup> Das erschien ursprünglich wenig realistisch: Der genannte kosovarische Raum liegt im amerikanischen Sektor, und dort hatte man die Grenzsicherung verstärkt, seit US-Botschafter William Montgomery bei einem Besuch des Preševo-Tals beschossen worden war.<sup>28</sup>

Es gab keine »Frühjahrs-Offensive«. Für die direkten und weiteren Nachbarn der Krisenregion war das keine Erleichterung. Kroatien weiß beispielsweise aus leidvollen Erfahrungen, daß Konflikte im Kosovo höchst nachteilige Folgen für den kroatischen Adriatourismus haben,<sup>29</sup> zumal dieser seit Jahren ums ökonomische Überleben kämpft.<sup>30</sup> In Rumänien sah man

25 Adelheid Feilcke-Tiemann, Das Bermuda-Dreieck des Balkan, Deutsche Welle Kommentar, 7.2.2001.

26 Zu dem Preševo-Problem insgesamt vertritt der »Geopolitiker« Kresović die Ansicht, daß Serbien das »Recht« zu einer massiven Militäraktion in der Region habe und dieses auch konzidiert bekäme, wenn UN und KFOR einsähen, daß eine solche Aktion auch in ihrem Interesse läge und zur Stabilisierung des Balkans beitrüge; vgl. die Umfrage unter Prominenten in: Nedeljni Telegraph, 21.2.2001, S. 4.

27 Radovan Kovačević, Kriza na jugu Srbije – Najava prolećne ofanzive šiptarskih terorista [Krise im Süden Serbiens – Ankündigung der Frühjahrs-Offensive albanischer Terroristen], in: Politika, 27.1.2001, S. 7.

28 Vgl. das Interview mit ihm, in: NIN, 15.2.2001, S. 17–18; zu den Schüssen sagte der Botschafter: »Was immer da vorgefallen ist, es kam eindeutig aus dem Dorf Lučane, welches die UÇPMB kontrolliert.«

29 Stjepo Martinović, Hrvatska treba ponuditi rješenje albansko-srpskog sukoba [Kroatien soll eine Lösung für den albanisch-serbischen Konflikt bieten], in: Vjesnik, 9.2.2001, S. 8.

30 Hrvoje Prnjak, Turistička pokuda 2001 [Touristische Klage 2001 <Spiel mit dem Wort ponuda – Angebot>], in: Feral

die Situation in größeren Zusammenhängen, nämlich daß »albanische Separatisten« im Preševo-Tal »eine neue Eskalation der Gewalt in Jugoslawien« vorantreiben, wobei die internationale Gemeinschaft zwar Belgrader Friedensinitiativen unterstützt, aber weiter nichts unternimmt: Die US-Republikaner »teilen überhaupt nicht den Enthusiasmus der Demokraten für die Albaner-Führer«, der EU »fehlt ziemlich die Einmütigkeit in dieser Sache«, und die NATO möchte nicht »ihre Erfahrung vom Frühjahr 1999 wiederholen«. In Slowenien machte man sich über die NATO-Führungsmacht USA rundheraus lustig: Es müßten erst US-Soldaten getötet werden, bevor die USA militärisch aktiv würden – solange es keine US-Opfer gäbe, sähen die USA keinen Anlaß zum Handeln, ja nicht einmal einen zum Verbleib in Krisenregionen wie dem Kosovo.<sup>31</sup> Andere, aber kaum freundlichere Empfindungen hegten auch die anderen Balkan-Länder – Albanien, Bulgarien, Bosnien, Makedonien, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien, Türkei –, deren Staatschefs sich am 23. Februar 2001 in Skopje trafen, um vorrangig die Preševo-Krise zu beraten, daneben auch Fragen multi- und bilateraler Kooperation, wobei offenkundig gemeinsame Ängste alte Streithähne (Griechenland–Makedonien bzw. Griechenland–Türkei) einander deutlich näherbrachten.<sup>32</sup> Die Preševo-Krise schien kurz zuvor durch zwei Anschläge – am 16. Februar auf einen Bus bei Podujevo (10 Tote, 43 Verletzte) und am 18. Februar auf drei Polizisten bei Bujanovac – zu eskalieren. Solche Ereignisse, im Kontext der gesamten Krise, weckten bei den Menschen Furcht: In einer bulgarischen Meinungsumfrage bejahten 70,9% die Behauptung, daß es wieder zu einem »Jugokonflikt« kommen werde, 29,1 verneinten. Genau umgekehrt war die Reaktion auf die zweite Frage, ob »wir unsere Truppen nach Makedonien schicken sollen«: Nein 77,7%, Ja 28,3.<sup>34</sup> Vor einer Aus-

Tribune, 24.2.2001, S. 21.

31 Cristian Campeanu, Spre un război în Serbia? [Vor einem Krieg in Serbien?], in: România liberă, 10.2.2001.

32 Kommentar in: Delo, 9.3.2001, S. 1.

33 Južna Sărbija šte bade prioritetna tema na sreštata v Skopje [Süd-Serbien wird das Hauptthema des Treffens in Skopje sein], in: <http://www.mediapoolbg.com>, 12.2.2001.

34 Graphik der Umfrage in: Monitor (Sofia), 8.3.2001.

weitung des albanischen Terrorismus warnte BRJ-Präsident Koštunica in Skopje und fügte hinzu, daß die Aktionen der Albaner den Auftrag von UNMIK und KFOR im Kosovo diskreditierten und das gesamte Friedenskonzept der internationalen Gemeinschaft bedrohten. Dieser Ansicht schlossen sich nicht nur die anwesenden Staatschefs an, sondern mehr oder minder auch die Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft (Ch. Patton, B. Hombach).<sup>35</sup>

Neben diesen allbalkanischen Aktivitäten betrieb Belgrad noch eine Debatte mit der NATO um Ausmaß und Notwendigkeit der Sicherheitszone im Preševo-Tal. Dabei näherten sich beider Positionen in dem Maße an, in dem Belgrad »leiser« wurde – was es anfänglich nicht war. Ende Januar 2001 war der jugoslawische Bundesinnenminister Zoran Živković noch der Meinung, man brauche keine Erlaubnis der KFOR, wenn man in Preševo eine »Razzia« unternehmen wolle: Die Sicherheitszone sei zum Schutz der KFOR vor serbischen Truppen eingerichtet worden, und wenn jetzt dort albanische Terroristen ihr Unwesen trieben, dann sei das ein Mißbrauch der Zone, den Belgrad im allseitigen Interesse unterbinden müsse.<sup>36</sup>

Diese zwar nicht falsche, aber doch grobschlächtige Argumentation fand natürlich keine Gegenliebe. Und sie war auch nicht zur Gänze die Position der Regierung, die sich davor hütete, der KFOR irgendeine Zuständigkeit abzuspochen, vielmehr darauf setzte, in Kontakten mit NATO-Chef Robertson die Zusammenarbeit zwischen NATO und VJ zu verbessern.<sup>37</sup> Geschickter fingen es Vizepremier Nebojša Čović und Außenminister Goran Svilanović an, als sie Mitte Februar der NATO ihre Friedenspläne vorstellten und dabei eine stufenweise Einengung und letztlich die Abschaffung der Zone forderten.<sup>38</sup>

Dennoch mutete die Debatte gelegentlich etwas bizarr an: Die serbische Seite meinte, daß die Zone in jedem Fall zu breit, im Grunde sogar überflüssig wäre, da mit dem Machtwechsel in Belgrad gewissermaßen ihre Bestandsgrundlage geschwunden sei. Die NATO antwortete, daß sie zu Veränderungen der Zone bereit sei, jedoch nichts überstürzen wolle und erst in den eigenen Reihen einen Konsens bilden müsse. In diesem Sinne fiel auch die Entscheidung der NATO am 27. Februar 2001 aus: Zwar sei man entschlossen, »nicht zuzulassen, daß die Zone für weitere Gewalt

ausgenutzt würde«, auch sei das Treiben von »Extremisten« in ihr »absolut inakzeptabel«, aber ihre Verkleinerung bzw. eine Rückkehr der VJ könne nur allmählich und im Beisein von EU-Beobachtern geschehen.<sup>39</sup> Das war natürlich nicht das, was Belgrad eingefordert hatte, aber es war nach Ansicht ausländischer Kommentatoren doch so etwas wie ein »Frontwechsel« der NATO zum »Feind von gestern«,<sup>40</sup> eine »strongest message yet to ethnic Albanian extremists in Kosovo«,<sup>41</sup> eine Entscheidung gegen die »albanische Rebellentruppe« und eine Chance für die neue Belgrader Führung.<sup>42</sup>

Die NATO hatte zwei Bedingungen gestellt – Vertrauensbildung samt Aufstellung einer albanisch-serbischen Polizei und Rückzug der serbischen Armee und der schweren Waffen der Serben –, ohne aber die bewaffneten Albaner in der Sicherheitszone zu erwähnen, die der Anlaß für die serbischen Bemühungen um die Zone gewesen waren. Daraus schlossen dem Militär nahestehende Analytiker:

»Bei der Beratung unserer nächsten Schritte ist es wichtig, daß die Beschlüsse beider Regierungen [= BRJ und Serbien, W.O.] und der zuständigen Ministerien der Tatsache Rechnung tragen, daß die NATO bzw. die USA die Bedingungen diktieren und daß sie entsprechend ihren Interessen die Verkleinerung der Zone operationalisieren werden. Der Schlüssel liegt einfach in ihren Händen, und falls sie nicht den Zustrom bewaffneter UÇK-Angehöriger aus dem Kosovo aufhalten, dann können wir – da wir ja auf den Gebrauch von Gewalt verzichtet haben – hier nichts erreichen. [...] Ihnen ist endlich aufgegangen, daß sie im Kosovo mit den Albanern ein Problem haben. Um nicht in irgendeine riskante Position zu gelangen und die Rolle einer Besatzungstruppe im Kosovo zu übernehmen, weichen sie der ganzen Sache aus. Offenkundig hat die NATO weder eine Idee noch die Absicht, die dortigen Probleme ernsthaft zu lösen, und darum spielt man auf Zeitgewinn. Und das Überschwappen des Konflikts nach Makedonien zeigt, daß die NATO langsam die Früchte ihrer inexistenten Strategie und Pläne erntet. Kurz: Im Kosovo haben sie ein Fiasko erlebt

35 Bericht in: Blic, 24.2.2001.

36 Interview Živkovićs für: Deutsche Welle, 30.1.2001.

37 Bericht in: Blic, 11.1.2001.

38 Bericht in: Blic, 15.2.2001.

39 Bericht in: Blic, 28.2.2001.

40 Die Nato wechselt die Fronten, in: Süddeutsche Zeitung, 1.3.2001.

41 Stephen Castle, Nato to End Albanians' Buffer against Serbs, in: The Independent, 28.2.2001.

42 Damir Fras, Jugoslawien kann seine Friedfertigkeit beweisen, in: Berliner Zeitung, 28.2.2001.

und mit ihrem Verhalten dem Eindringen der UÇK nach Süd-Serbien und Makedonien Raum gegeben«. <sup>43</sup>

Die immer deutlichere Gefährdung Makedoniens hatte gewiß die Entscheidung der NATO vom 8. März 2001 beschleunigt, die VJ wieder »in einen engen Raum nahe der Grenze zur E[hemaligen] J[ugoslawischen] R[epublik] Makedonien« einrücken zu lassen als ersten Schritt einer »phasenweisen und konditionierten Verkleinerung der Boden-Sicherheitszone«, der »in weitere festgelegte Sektoren der Zone baldigst fortzusetzen ist«. <sup>44</sup> Das gefiel westlichen Kommentatoren, <sup>45</sup> aber in Belgrad war damit allein Nebojša Čović vollauf zufrieden:

»Ich halte das für einen guten, maßvollen Entschluß, aber wir müssen uns mit Geduld wappnen, bis weitere Schritte folgen. Man kann Krisen schließlich viel effektiver mit politischen Mitteln als mit Zusammenstößen lösen. Arbeiten wir also zusammen und schaffen den Leuten hier ein normales Leben, wobei uns die internationale Gemeinschaft hilft«. <sup>46</sup>

Eine andere Sichtweise ließ Momčilo Perišić erkennen, Vizepremier der serbischen Regierung und als ehemaliger Generalstabschef der VJ, von Milošević entlassen, dazu auch befähigt: Wenn die internationale Gemeinschaft der VJ die Rückkehr in die Sicherheitszone erlaubt, dann räumt sie damit ein, daß sie »machtlos ist, selber die Aktivitäten der albanischen Terroristen wirkungsvoll zu verhindern«; wenn der VJ schwere Waffen verboten sind, die KFOR aber solche Waffen hat, dann wird die KFOR der VJ im Bedarfsfall zu Hilfe kommen müssen. Wenn also »die Absichten der internationalen Gemeinschaft aufrichtig sind«, dann wird sich aus dem jüngsten Beschluß eine gute militärische Kooperation mit positiven politischen Folgen ergeben – sollten hingegen »unehrliche Absichten« im Spiel sein, dann werden sich die Konflikte zuspitzen, und eine solche Eskalation kann niemand wollen. <sup>47</sup>

<sup>43</sup> Miroslav Hadžić, Kluč u rukama NATO [Der Schlüssel in den Händen der NATO], in: Medija Centar Beograd – Analitički servis, 2.3.2001 ([www.mediacentar.org.yu](http://www.mediacentar.org.yu)).

<sup>44</sup> Berichte in: Danas und Blic vom 9.3.2001.

<sup>45</sup> Martin Bohne, Auch ein Zugeständnis an Belgrad, SWR, 9.3.2001; Elias Bierdel, Balkanisierung des Balkans, ARD, 9.3.2001.

<sup>46</sup> RTS, 8.3.2001.

<sup>47</sup> Momčilo Perišić, Priznanje nemoci međunarodne zajednice [Eingeständnis der Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft], in: Medija Centar Beograd – Analitički servis, 12.3.2001.

## Der Čović-Vorschlag

Nach serbischen Meinungsumfragen, Mitte Dezember 2000 vom *Zentrum für die Erforschung von Alternativen* durchgeführt, waren 30% der Serben für eine »entschlossene Aktion unserer Streitkräfte« im Preševo-Tal, 45% aber für eine »diplomatische Lösung« und Verhandlungen in Kooperation mit KFOR.<sup>48</sup> Die Mehrheit war eindeutig kriegsmüde, und bei den anderen war immer noch zu fragen, ob die von ihnen favorisierte »entschlossene Aktion« etwa ohne oder gar gegen die KFOR starten sollte. Die entscheidendere Frage aber mußte lauten, inwieweit die Serben das Verderbliche der Kosovo-Politik des Slobodan Milošević<sup>49</sup> begriffen hatten, um aus diesem Verständnis heraus für eine radikal neue Kosovo-Politik einzustehen, wie sie von Vizepremier Nebojša Čović initiiert wurde.

Čović, Jahrgang 1958 und promovierter Techniker, war lange Jahre erfolgreicher Funktionär von Miloševićs *Sozialisten* (SPS), für die er 1994–1997 als Oberbürgermeister Belgrads amtierte.<sup>50</sup> 1997 wurde er aus der SPS ausgeschlossen, worauf er die *Demokratische Alternative* (DA) gründete und an deren Spitze zum schärfsten und intelligentesten Kritiker der Macht- und Kriegspolitik Miloševićs wurde.<sup>51</sup> Mit der DA reüssierte Čović auch in der *Demokratischen Opposition Serbiens* (DOS). In der DOS-Regierung, die am 22. Januar 2001 nominiert wurde, ist er als Vizepremier eigentlich für Wirtschaft und Finanzen zuständig,<sup>52</sup> hat sich aber seit Jahresbeginn 2001 in erster Linie als Leiter des *Koordinationsausschusses der Bundes- und Republik-Regierung für Süd-Serbien* (Koordinaciono telo vlada Srbije i SRJ za jug Srbije) einen national und international respektierten Namen gemacht.

Im Grunde war die Öffentlichkeit über die Grundlagen des Čović-Plans bereits informiert, bevor dieser

im Detail ausformuliert war. Bereits Ende Januar hatte Čović bei einem Bürgerforum in Bujanovac die »Integration« als den Kernpunkt seines Konzepts ausgegeben, das er zu gegebener Zeit auch auf das Kosovo angewendet sehen wollte. Am 2. Februar 2001 wurde Čović sehr viel deutlicher; als er in Belgrad ein Seminar über Multiethnizität und Multikulturalität eröffnete, das vor heimischen und internationalen Repräsentanten (OSZE u.a.) die Planungen Belgrads für eine radikal neue Minderheiten-Politik vorstellte,<sup>53</sup> erläuterte er, wie die ersten Schritte im Umgang mit den Albanern aussehen müßten:

»Wir wollen ein Ende der gewaltsamen Aktionen, Verhandlungen mit den ethnischen Albanern – auf jede Weise, direkt oder über internationale Vermittler –, sie überzeugen, daß das Beharren auf Terror die schlechteste Wahl und Selbstisolierung die schlechteste Politik sind, ihnen deutlich machen, daß die Bildung rein albanischer Territorien als Staat im Staate weder möglich noch statthaft ist. Zudem müssen wir gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft durch große Investitionen Preševo und Bujanovac zu lebenswerten Orten machen. Natürlich währt unsere Zurückhaltung nicht ewig, wie auch ein ungesundes politisches Klima nicht von Dauer sein darf.«<sup>54</sup>

In DOS-Kreisen dürften damals gute Absichten, halbfertige Planungen, überzogene Forderungen und übereilte Personalveränderungen kühn durcheinandergelassen sein: Kaum vier Monate nach dem Sturz Miloševićs wurde so argumentiert, als sei Serbien aller Lasten der Vergangenheit ledig und könne mit allem Recht letzte offene Fragen bei vollem Rückhalt der internationalen Gemeinschaft klären. Čović hat in dieser Zeit immer wieder vor Eile und Übereifer gewarnt und sich relativ viel Zeit gelassen, bis er den gesamten Plan vorlegte. Dabei dürften ihn unter anderem zwei Überlegungen (mit)geleitet haben, eine semantische und eine empirische:

□ In ex-jugoslawischen Medien, serbischen zumal, kann man buchstäblich mit einem Blick erkennen,

48 Ljubica Gojčić, Bujanovac – Mir na nišanu [Bujanovac – Frieden am Seidenfaden], in: NIN, 8.2.2001, S. 20–22 (20).

49 Vgl. dazu Wolfgang Petritsch et al., Kosovo – Kosova. Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt/Wien/Ljubljana/Tuzla/Sarajevo 1999, S. 154ff.

50 Milivoje Glišić, Podržano uzdržanje – Razvojni put dr Nebojše Čovića od Dedinja do Bujanovca [Durchgehaltene Zurückhaltung – Der Entwicklungsweg von Dr. N. Č. von Dedinje nach Bujanovac], in: NIN, 29.3.2001, S. 22.

51 Vgl. das Interview mit ihm, in: Vreme, 17.7.1999, S. 12–13.

52 Vgl. die Biographien der Kabinettsmitglieder in: Vreme, 25.1.2001, S. 16–18

53 Zoran Lutovac, Nova manjinska politika? [Neue Minderheiten-Politik?], in: Medija Centar Beograd – Analitički servis, 6.2.2001.

54 RTS, 3.2.2001.

wes Geistes Kind Sprecher oder Autor sind, nämlich am Gebrauch von Ethnonymika. Seit den frühen 90er Jahren hat es sich bei gewissen Medien eingebürgert, gezielt solche der pejorativen Art zu verwenden – dann heißen Kroaten eben *Ustaše*, Serben *Četnici*, Bosnier *Balije*, Albaner *Šiptari* etc. Was wie eine slawisch-phonetische Wiedergabe des Originalnamens *Shqiptar* anmutet, ist tatsächlich so abwertend konnotiert wie im Deutschen etwa *Polack*, *Rußki* etc. Eine solche Klippe grundsätzlich zu meiden, verstand sich für Čović von selber, wie er (den die Milošević-Polizei als »serbischen Terroristen« in ihren Dossiers führte) auch nur höchst selten von *Terroristen* sprach und zum Beispiel die UÇPMB vorzugsweise *Extremisten* nannte (gelegentlich mit dem Zusatz: »die sich mit terroristischen Akten befassen«). Seine Begründung war einleuchtend: Mit *Extremisten* kann man einen Dialog führen – mit *Terroristen* nicht! Kurz gesagt: Der Čović-Plan sollte schon vom sprachlichen Zuschnitt her untadelig sein, und das benötigte Zeit in einer Umgebung, die sich seit langem an andere Sprachkonventionen gewöhnt hatte.<sup>55</sup>

- Es war schwer genug, nach zehn und mehr Jahren Milošević-Diktatur einen Plan zu initiieren, dessen Grundlagen *Integration* (von Albanern in serbische Institutionen), *Demilitarisierung* und *sozioökonomische Revitalisierung* (des Preševo-Tals) lauteten. Noch schwerer dürfte die dahinterstehende Absicht zu realisieren sein, nämlich *Vertrauensbildung* durch *Dialog* zu schaffen. Nichts anderes tat Nebojša Čović, als er sich am 30. Januar 2001 in Preševo mit lokalen Kommunalpolitikern traf und ihre Klagen hörte – daß unter fünf Richtern nur ein Albaner sei, daß alle Schul- und Krankenhausdirektoren Serben seien, daß man erst seit wenigen Wochen ein Lokalradio in albanischer Sprache habe, daß früher unter dem Vorwand einer Bekämpfung des »Terrorismus« Telefonleitungen der Albaner gekappt und ihnen alle Waffen fortgenommen wurden, so daß sie sich seither nicht einmal mehr der streunenden Hunde erwehren könnten. Čović hörte sich diese und gewichtigere Klagen an, versprach Korrekturen und wendete sich an beide Seiten: »Den Serben riet er, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern zu begreifen, daß die Zeit der Veränderungen und der Konfrontation mit der Verantwortung gekom-

<sup>55</sup> RTS strahlte am 9. Februar 2001 eine anderthalbstündige *Call-in*-Sendung mit Čović aus, in der er seinen Plan und dessen Wortwahl sehr ausführlich erläuterte.

men sei. Die Albaner rief er auf, sich in das politische Leben zu integrieren, und er kündigte an, daß ihre Repräsentanten in entsprechende Ministerien eingegliedert würden.<sup>56</sup>

Bei dieser Versammlung in Preševo gab Čović auch zu verstehen, was er von Serben und Albanern verlangte, nämlich wechselseitige Aufrichtigkeit, Loyalität gegenüber dem gemeinsamen Staat und albanischen Verzicht auf alle Vorstellungen eines Sonderstatus und von Grenzänderungen.

Wie kann Integration von Albanern in serbische Strukturen aussehen, wie rasch kann sie vollzogen werden? Als zu Jahresbeginn 2001 erste Vorhaben des Čović-Plans bekannt wurden, waren diese mit konkreten Angeboten verknüpft, beispielsweise dem, umgehend Dienst bei der Polizei des Preševo-Tals aufzunehmen. Dafür meldeten sich fünf, sechs Albaner. Viel mehr hätten sich auch kaum melden können, denn für den Polizeidienst ist der Besuch einer Fachschule nötig, und die gibt es im Preševo-Tal nicht.

So (oder ähnlich) sah die Realität aus, die man auch mit den besten Intentionen nicht augenblicklich positiv verändern konnte. Das hat kaum jemand besser verstanden als Nebojša Čović, der dann auch sehr darauf sah, daß von dem Plan nur das bekannt wurde, was seine Handschrift trug. So wurde im Serbischen Fernsehen in seinem Beisein ein Teil des Plans verlesen, der eher auf die spätere Benennung *Čović-Plan*<sup>57</sup> verwies:

- »Die Vertragsteilnehmer stimmen darin überein, daß die Krisenlösung das Endziel ist:
- (A) Die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung und der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Serbien bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien auf diesem Teil ihres Territoriums und die Sicherstellung der absolut normalen Arbeit der Staatsorgane, der Organe der lokalen Selbstverwaltung und anderer Organe in dieser Region.
- (B) Die Wiederherstellung der individuellen und materiellen Sicherheit aller Bürger [lična i imovinska bezbednost] und ihres uneingeschränkten Rechts, sich in allen Teilen der betreffenden Gemeinden frei zu bewegen, was natürlich nur durch die völlige Beseitigung und Entwaffnung der Extremisten, die Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden in der Region

<sup>56</sup> Olivija Rušovac, Probijanje leda [Brechen von Eis], in: *Republika*, (16.–28.2.2001) 255.

<sup>57</sup> »Schon lange gab es bei uns nichts, das ein derart individualisiertes Siegel trug wie der *Čović-Plan*«, schrieb Jovan Ćirilov in seiner berühmten Kolumne *Reč nedelje* [Wort der Woche], in: *NIN*, 1.3.2001, S. 10.

und die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Wohnstätten zu gewährleisten ist.

(C) Aufbau einer multiethnischen und multikonfessionellen Gesellschaft nach demokratischen Prinzipien unter Achtung aller Menschen-, Bürger- und Minderheitsrechte und -freiheiten gemäß höchsten Standards.

(D) Beschleunigte ökonomische und soziale Belebung der gesamten Region unter internationaler Finanzbeteiligung im Interesse aller Menschen, die dort leben.<sup>58</sup>

Andere »Dokumentationen« des Čović-Plans, stolz als »exklusive« Erstveröffentlichung präsentiert,<sup>59</sup> waren in Wirklichkeit wohl kaum mehr als Mitschriften von Čovićs improvisiertem *idea-engineering* auf dem erwähnten Belgrader Seminar. Absolut neu waren die darin enthaltenen Novitäten im Grunde nicht, eher schon Fortschreibungen des Kosovo-Programms, das Christopher Hill, US-Botschafter in Makedonien, im Jahre 1998 vorgelegt hatte und das später auch die Basis der Rambouillet-Verhandlungen bildete, also eine akribische Ausführung des Grundgedankens, daß die Befriedung einer multiethnischen Konfliktregion nur über *nationale Repräsentanz* (aller Volksgruppen) und *ethnische Kontrolle* (vom lokalen Polizeiposten bis hinauf zum regionalen Parlament) zu erreichen sei.<sup>60</sup> Ein zweites Moment aber war in der Tat völlig neu und sollte im endgültigen Plan ein noch größeres Gewicht erhalten, nämlich die Aufgliederung des gesamten Befriedungsprozesses in einzelne Phasen, für die später noch exakte Termine vorgegeben wurden. Aber das waren bereits prozedurale Feinheiten, die das ursprüngliche »Gerüst« nur noch klarer konturierten.<sup>61</sup>

### Friedliche Krisenlösung unter Beteiligung der Albaner und der internationalen Gemeinschaft

#### Phase 1:

- ▶ Überzeugen der internationalen Gemeinschaft, der Albaner und der heimischen und internationalen

<sup>58</sup> RTS, 9.2.2001.

<sup>59</sup> Plan Nebojše Čovića za rešavanje krize u preševskoj dolini [Der Plan N.Č. zur Krisenlösung im Preševo-Tal], in: *Vreme*, 8.2.2001, S. 20–21.

<sup>60</sup> Marc Weller, *The Rambouillet Conference on Kosovo*, in: *International Affairs*, (1999) 2, S. 211–251; Jens Reuter et al., *Die Konferenz von Rambouillet und die Folgen*, in: *Südosteuropa*, (1999) 3–4, S. 147–155.

<sup>61</sup> Plan Nebojše Čovića za rešavanje krize u preševskoj dolini [Der Plan N.Č. zur Krisenlösung im Preševo-Tal], in: *Vreme*, 8.2.2001, S. 20–21.

Öffentlichkeit von der Bereitschaft, alle Probleme friedlich und mit politischen Mitteln zu lösen; Einwirken auf extremistische Albaner, ihre militanten Pläne aufzugeben und ihr Recht mit den weltweit akzeptierten friedlichen Mitteln zu suchen. Erreichen der intendierten Ziele innerhalb der Republik Serbien, das heißt ohne Grenzänderung oder Einräumung eines Sonderstatus für Albaner.

- ▶ Integration von Albanern in das Staats- und Sozialsystem: Anpassung der nationalen Struktur der Beschäftigten an die Nationalitätenstruktur der Region, angemessene Beteiligung von Albanern in Parlament und Regierung Serbiens.
- ▶ Vermeidung aller Formen von Menschenrechtsverletzungen sowie Kontrolle dieses Vorhabens.
- ▶ National gemischte Polizeipatrouillen.
- ▶ Internationaler Druck auf albanische Extremisten, von ihrem Streben nach Autonomie, Sonderstatus etc. abzulassen.
- ▶ Polizeischutz für alle Bürger der Region.
- ▶ Demilitarisierung von Lučane und Veliki Trnovac als Muster für die Demilitarisierung der ganzen Preševo-Region.
- ▶ Erarbeitung eines Plans zur sozioökonomischen Wiederbelebung der Region und für die Rückkehr geflüchteter Personen.

#### Phase 2:

- ▶ International kontrollierte Demilitarisierung der Region, die beginnen kann, sobald die erste Phase eine gewisse Vertrauensbildung bei den Albanern bewirkt hat.

#### Phase 3:

- ▶ Demokratische und ökonomisch prosperierende Entwicklung einer multiethnischen Gesellschaft unter Achtung aller Menschen- und Minderheitenrechte. Beteiligung der internationalen Gemeinschaft in Gestalt von OSZE, UNHCR, NATO, Beobachtern, NGOs etc. mit eigenen Vertretungen in Preševo, Bujanovac und Belgrad.

War das bereits ein *Plan* – oder eher das, was in nahezu allen osteuropäischen Sprachen mit dem Germanismus *platforma* umschrieben wird? Also eine Absichtserklärung, ein etwas konkreterer Denkanstoß, ein Programm, ein Versuchsballon oder anderes? Was immer Čović beabsichtigt haben mochte – er hat es erreicht.<sup>62</sup>

- Die drei Grundintentionen der Krisenlösung waren in offiziöser Weise in die Öffentlichkeit gebracht

<sup>62</sup> Ljubica Gojčić, *Bujanovac – Mir na nišanu* [Bujanovac – Frieden am Seidenfaden], in: *NIN*, 8.2.2001, S. 20–22.



worden. Dasselbe galt für die Implementierung, die vorerst ohne fixierte Fristen und ohne Druck auf den albanischen Verhandlungspartner erfolgen sollte.

- Čović selber hatte mögliche Opponenten in der DOS zum Schweigen gebracht und sich bei den Albanern höchst vorteilhaft präsentiert, so daß sie ihn als realistischen Politiker und seine »Plattform« als aussichtsreichen Versuch zur Krisenlösung akzeptierten. Zumindest ihre liberalen Sprecher, Behlul Nasufi von der *Rechten Demokratischen Partei* (PDD) und Shaip Kamberi vom *Komitee für Menschenrechte* (Bujanovac), äußerten sich in diesem Sinne und formulierten konkrete Forderungen für eine positive Umsetzung von Čovićs Ideen: Anerkennung albanischer Diplome der Universitäten Priština und Tirana, Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel in Minderheitskommunen, Gleichberechtigung der Sprachen und Beschriftungen auf Ortsschildern etc.
- NATO und KFOR bezeichneten relativ früh das Unterfangen als »konstruktiv und sensibel«. Ähnlich äußerten sich kurz darauf EU und andere, zuletzt auch die neue US-Administration. Allerdings zogen die Amerikaner demonstrativ nach: Am 21. Februar 2001 unterzeichneten Botschafter Montgomery, Čović, Minderheiten-Minister Rasim Ljajić und PDD-Vorsitzender Riza Halimi ein US-Hilfsprogramm im Gesamtwert von 205 000 Dollar, mit dem sechs notwendige Infrastrukturvorhaben finanziert werden sollen.<sup>63</sup>

Am Ende blieb wenig mehr als die Einsicht, daß es keine substantiellen Argumente gegen Čovićs Konzept gab. Statt ihrer hörte man nur mißmutige Kritik, etwa aus dem serbischen Innenministerium, daß die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kaum mehr als eine Belohnung »für beispielhaftes Betragen« der neuen Machthaber in Belgrad wäre. Wirkliche Probleme gab es allein unter den Albanern, bei denen die lokalen Liberalen überlegten, wie und ob sie die »eingesickerten« UÇPMB-Falken an den bevorstehenden Gesprächen mit der serbischen Seite beteiligen sollten – womöglich noch als Wortführer, was die Chancen für einen Erfolg von vornherein drastisch zu mindern versprach.<sup>64</sup> Ohne die Radikalen war keine albanische Verhandlungsdelegation zu formieren – mit ihnen war kein Erfolg zu erzielen, da sie den Čović-Plan

<sup>63</sup> Bericht in: *Politika*, 22.2.2001.

<sup>64</sup> Dragana Matović, *Albancima tri nedelje* (K)fore [«Ein Wortspiel: »Den Albanern drei Wochen zur KFOR« oder: »Den Albanern drei Wochen zum Spielführer«], in: *Reporter*, 6.2.2001, S. 28–29.

umgehend abgelehnt hatten, noch bevor er überhaupt vorlag: Man habe sich bereits 1992 in einem »Referendum« für eine Vereinigung mit dem Kosovo ausgesprochen, und die sei jetzt »aktuell«, denn »es gibt keine anderen Lösungen, die von Dauer wären«.<sup>65</sup>

Damit konnte Belgrad sehr gut leben. Wie Premier Đinđić am 9. Februar 2001 erklärte, können die Albaner den Plan »akzeptieren oder ablehnen«. Eine dritte Möglichkeit, etwa die Berufung auf ein obskures »Referendum« von 1992, gibt es nicht: »Extreme Kräfte« sind aus dem Kosovo ins Preševo-Tal »ingesickert«, »destabilisieren die ganze Region und ziehen Makedonien in den Prozeß mit hinein«. Serbien weist mit seinem Plan einen Weg zur friedlichen Krisenlösung und es hat dafür die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – wenn manche Albaner ihn ablehnen, wird sich die Differenzierung in »vernünftige und unvernünftige Kräfte unter allen Albanern« vertiefen und dann »haben wir geklärte Verhältnisse«.<sup>66</sup> Ähnlich äußerte sich Čović in einem Interview mit der Deutschen Welle; er erläuterte die Prinzipien des Plans und bezeichnete dessen Ablehnung durch die UÇPMB als »Versuch, den Dialog zu sprengen, noch bevor er begonnen hat«. Und er fügte hinzu, daß es auch in der serbischen Armee und Polizei »Einzelfälle« gebe, »die noch kranke Ideen im Kopf haben«. Alle realen oder potentiellen Gegner beeindruckten ihn nicht, denn »ich bin fest davon überzeugt, daß wir auch alles friedlich lösen werden«.<sup>67</sup>

<sup>65</sup> Zekirija Fazliu (Führer einer »Demokratischen Vereinigung der Albaner«, Interview): *Albancite ot Južna Sārbija iskat edinna nacionalna dāržava s Kosovo* [bulg.: Die Albaner aus Süd-Serbien wollen einen einheitlichen Nationalstaat mit dem Kosovo], in: <http://www.mediapoolbg.com>, 12.2.2001.

<sup>66</sup> Bericht in: *Blic*, 10.2.2001.

<sup>67</sup> Nebojša Čović (Interview): »Wir werden die Probleme in Südserbien friedlich lösen«, *Deutsche Welle*, 14.2.2001.

## Der Čović-Plan und seine (beginnende) Implementierung

Der eigentliche Čović-Plan, ein Dokument von etwa 170 Seiten, wurde Mitte Februar 2001 in Teilen veröffentlicht.<sup>68</sup> Er war am 6. Februar 2001 von den Regierungen Serbiens und Jugoslawiens gebilligt worden, nachdem man ihn zuvor bei der internationalen Gemeinschaft »getestet« und deren einmütige Unterstützung eingeholt hatte, auch jene Rußlands. Das war mehr als eine »Absegnung« der eigenen Vorhaben; wie Koštunica Mitte Februar 2001 erklärte, wurde die internationale Gemeinschaft in die Verhandlungen und in die Implementierung des Plans einbezogen, und auf serbischer Seite erhoffte man sich einen möglichst großen Einfluß dieser Gemeinschaft auf die albanischen Gesprächspartner:

»Das Engagement der internationalen Gemeinschaft hat eher die Form einer Unterstützung, denn die serbische Regierung soll sich nicht allein für einen Dialog zwischen Serben und Albanern einsetzen. Die internationale Gemeinschaft ist hier, um diesen Dialog zu unterstützen, sie ist hier, um besonders der albanischen Volksgruppe in Süd-Serbien zu helfen, jene Verhandlungsführer auszuwählen, die auf beste Weise ihre Interessen vertreten, und sie wird damit die Interessen eines morgigen Zusammenlebens der Albaner und Serben in Süd-Serbien vertreten, nicht aber die Interessen von Terroristen und eine weitere Ausbreitung von Terrorismus und Gewalt im Süden Serbiens.«<sup>69</sup>

Danach hatte sich die Situation im Preševo-Tal und im Kosovo in der geschilderten Weise verschlimmert, so daß Belgrad noch mehr Beifall und Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft bekam.<sup>70</sup> Mehr als daran hätte ihm indessen an erster Zustimmung unter Albanern gelegen, wofür die Regierung eine spezielle *Kampagne* startete.

Eine oft angekündigte albanische Plattform zum Čović-Plan wurde von Riza Halimi am 3. März 2001 der Presse vorgestellt. Die bekannten Forderungen der Albaner tauchten in modifizierter Form wieder auf: Demilitarisierung der Region, Abzug der »Spezial-

einheiten« von Armee und Polizei, »und das schließt die Demobilisierung der bewaffneten Albaner ein«, Aufstellung einer gemischten lokalen Polizei, Beteiligung der bewaffneten Albaner an den Verhandlungen etc. Die Plattform war deutlich weniger konkret als frühere Erklärungen, insistierte aber bei zahlreichen Gelegenheiten auf einer »Präsenz der internationalen Gemeinschaft« – bei der Bestimmung der Verhandlungsteams, bei den Verhandlungen selber, bei der Aufstellung der Polizei u.a.m.<sup>71</sup> Das war den Serben mehr als recht: 90% der albanischen Plattform seien akzeptabel, sagte Čović, albanische Wünsche, »die Lösung des politischen und rechtlichen Status der Albaner in Süd-Serbien auf später zu verschieben, wenn die Leute hier normal leben können und der Ausnahmezustand aufgehoben ist« (R. Halimi), konterte er lakonisch: Einen *Ausnahmezustand* (vanredno stanje) habe es nie gegeben und einen Sonderstatus für Albaner werde es nie geben – die serbische Position sei mit der internationalen Gemeinschaft abgestimmt. Beide Seiten seien sich einig, daß im Preševo-Tal als einem Teil Serbiens solche Sonderregelungen unnötig seien. Ergo: »Es gibt keinen Raum mehr für Späße und Debatten, schon gar nicht für Separatismen. Alle müssen begreifen, daß das unser gemeinsamer Staat ist. Wer es nicht begreift, soll sich in die weite Welt scheren.«<sup>72</sup>

Unverkennbar war an dem Geplänkel die Erleichterung beider Seiten darüber, daß fortan jeder Schritt unter strenger Beobachtung, Kontrolle und Anleitung der internationalen Gemeinschaft stehen würde – daß man sich also im Zweifelsfall einem höheren Willen zu beugen habe. Damit hatten die Serben keine Probleme; sie waren überzeugt, die internationale Gemeinschaft maximal und optimal auf ihrer Seite zu haben und mit diesem Rückhalt die Albaner zur Zustimmung veranlassen zu können. Für letztere versprach die Situation schwieriger zu werden: Halimi hatte noch im Februar 2001 eine Fülle größerer und kleinerer Einwände gegen den Čović-Plan vorgebracht – er sei zu detailliert und lasse den Albanern nur die Möglichkeit zur Ablehnung oder Zustimmung, ohne

<sup>68</sup> Wortlaut in: Politika, 8.2.2001; des Wirtschaftsprogramms in: Politika, 13.2.2001.

<sup>69</sup> RTS, 13.2.2001.

<sup>70</sup> Dragan Blagojević, Na Kosovo nešto novo? [Etwas Neues im Kosovo?], in: Nezavisna Svetlost, 24.2.–3.3.2001.

<sup>71</sup> Bericht in: Nova Makedonija, 5.3.2001.

<sup>72</sup> Bericht in: Blic, 5.3.2001.

die Beteiligung der bewaffneten Albaner könne der Verhandlungsprozeß keinen Erfolg haben, die internationale Gemeinschaft werde den Serben keine »Blanko-Unterstützung« gewähren, eine Veränderung der Sicherheitszone bedeute militärischen Druck auf die Albaner und widerspräche der Absicht, Lösungen allein mit »politischen Mitteln« zu suchen etc.<sup>73</sup>

Wenige Tage später schien das alles gegenstandslos, nachdem beispielsweise die Sicherheitszone geändert worden war, ohne daß der befürchtete Druck entstand. Falls das eine Lehre war, so war es eine mehrfache – daß Planentwürfe nicht hinterhältig sein mußten, Reaktionen der internationalen Gemeinschaft nicht mechanistisch abschätzbar, Zielprojektionen der anderen Seite nicht verderblich für die eigene, Verhandlungen nicht von einem »ausgeklügelten« (ishitreni) Überrumpelungswillen diktiert. Nun konnte man in veränderter Weise, ohne Mißtrauen und in konstruktiver Bereitschaft, an die Beratung des Čović-Plans herangehen und dessen Ziele, Mittel und Fristen prüfen.

### **I. Ziele**

1. Wiederherstellung der staatlichen Souveränität in der Krisenregion durch normale Arbeit von Staats- und lokalen Selbstverwaltungsorganen.
2. Volle persönliche und materielle Sicherheit aller Bürger durch Entwaffnung von »Terroristen«, Demilitarisierung der Region, Rückkehr von Flüchtlingen und Gewährleistung unbeschränkter Bewegungsfreiheit.
3. Aufbau einer multiethnischen und multikonfessionellen Gesellschaft unter Achtung aller Menschen- und Minderheitenrechte und -freiheiten.
4. Rasche ökonomische und soziale Wiederbelebung der Region.

### **II. Prinzipien**

1. Friedliche Lösung mit politisch-diplomatischen Mitteln in Verhandlungen, in die Teams der jugoslawischen und serbischen Regierung, der Albaner und der internationalen Gemeinschaft (als *Vermittler*) involviert sind.
2. Im serbischen Team sind lokale Serben präsent, in beiden Teams je ein Vertreter der Serbisch-Orthodoxen Kirche und der Islamischen Glaubensgemeinde.
3. Die serbische Seite verhandelt nicht mit Terroristen und akzeptiert keine Autonomie, keinen Sonderstatus

<sup>73</sup> Riza Halimi, Nećemo Čovićeve akcije [Wir wollen keine Čović-Aktionen], in: Reporter, 20.2.2001, S. 30–31.

oder Grenzänderungen, auch keine fremden Staatsangehörigen »als Vertreter der albanischen Volksgruppe«.

4. Die serbische Seite hält sich strikt an internationale Normen und unterzeichnete Verträge, allen voran die UN-Resolution 1244.

5. Die BRJ und die Republik Serbien erwarten von der internationalen Gemeinschaft zuerst Unterstützung ihres Konzepts der friedlichen Krisenlösung, dann ein Einwirken auf die Albaner, von terroristischen Mitteln und separatistischen Zielen abzulassen, und zuletzt eine »Hilfe« als Beitrag dazu, daß Albaner volle Rechte und Freiheiten genießen.

6. Während der Verhandlungen werden Polizei und Armee außerhalb der Sicherheitszone in voller Bereitschaft stehen, um mit »adäquater Dislozierung, Bewaffnung und geeigneten Maßnahmen eine Ausweitung des Terrorismus zu verhindern«.

7. Im Falle eines Scheiterns der friedlichen Bemühungen werden BRJ und Serbien gezwungen sein, Ordnung und Schutz mittels »antiterroristischer Aktionen« als letztem Mittel herzustellen; in einem solchen Fall werden die internationale Gemeinschaft, die albanische Volksgruppe und die heimische und ausländische Öffentlichkeit davon »überzeugt, daß alle anderen Mittel erschöpft sind«.

8. Alle derartigen Aktionen werden allein gegen Terroristen geführt, dabei werden »internationale Standards und Vorschriften beachtet«.

9. Zur wirksameren Krisenlösung wird von der internationalen Gemeinschaft eine Verkleinerung oder Aufhebung der Sicherheitszone und von der KFOR ein intensiverer Schutz vor einer Ausweitung des Terrorismus erwartet, vor allem mit Blick auf Versorgung und Bewaffnung im Preševo-Tal.

10. Humanitären Organisationen, Beobachtern, Journalisten etc. wird »freier Zugang zu dem bedrohten Gebiet« zugesichert.

### **III. Aufgaben und Fristen der Krisenlösung**

Damit die im Plan vorgesehenen Ziele auf friedliche Weise erreicht werden, sind verschiedene Aufgaben zu lösen (siehe den Überblick auf der Folgeseite). Dazu sind Gespräche nötig, die vorbereitet, geführt und implementiert werden, was innerhalb bestimmter Fristen zu geschehen hat. In der Vorbereitungsphase werden die organisatorischen, personellen, materiellen etc. Details geklärt (15 Tage), in der Gesprächsphase verhandeln die Teams unter Vermittlung der internationalen Gemeinschaft über »vorbereitete Texte« mit dem Ziel der Unterzeichnung einer

Nr.	Aufgabe	% Realisierung nach Phasen			Zeit gesamte Realisierung	Plan
		I (D+2 M.)	II (D+4 M.)	III (D+8 M.)		
1.	Integration der Albaner	10%	20%	50%	2 Jahre	Ann. 5a
2.	Demilitarisierung der Region	10%	100%	100%	4 Monate	Ann. 5b
3.	ökonomisch-soziale Wiederbelebung	5%	10%	30%	3 Jahre	Ann. 5c

»Abmachung über die Krisenlösung« (Sporazum o rešavanju krize), in der Implementierungsphase werden schließlich die vereinbarten Aufgaben »konsequent, rechtzeitig und bilateral« umgesetzt. Details sind dem Plan in Annexen angefügt.

Die Integration der Albaner umfaßt:

- »Harmonisierung der nationalen Zusammensetzung der Beschäftigten in Staatsdienst, Wirtschaft und Verwaltung mit der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung«;
- »Sicherstellung einer angemessenen Repräsentanz der Albaner in Exekutivorganen und Parlamenten« auf allen Niveaus;
- Beseitigung aller Formen von Menschenrechtsverletzungen, entsprechende Kontrolle über Polizei und Staatsorgane, Transparenz für Menschenrechtsorganisationen, Eröffnung von »Kanzleien für Menschenrechte« in allen Kommunen;
- albanisch-serbische Polizeistreifen.

Zur »ökonomischen und sozialen Revitalisierung der Region« ist vorgesehen:

- Entwicklung der Landwirtschaft (Viehzucht, Gemüse- und Tabakanbau etc.);
- Holzverarbeitung u.ä.;
- Ausbau der Wege, Wasserleitungen, Strom- und Telefonnetze in allen Dörfern;
- Erfassung und Reparatur aller verlassenen albanischen Häuser zur Beschaffung von Wohnraum für rückkehrwillige Flüchtlinge;
- Reparatur von 527 serbischen Häusern für Flüchtlinge aus dem Kosovo.

Die Demilitarisierung der Region ist das drängendste Ziel, das darum in kürzester Zeit erreicht werden muß. Hierzu wurde festgelegt:

- »vollständige und dauerhafte Einstellung aller terroristischen Akte, Entwaffnung der Terroristen, Auflösung ihrer Formationen, Zerstörung ihrer Unterstände samt Auslieferung der Waffen und der terroristischen Ausrüstung«;

- »Rückzug der Militär- und Polizeikräfte mit militärischer Kampffähigkeit, Wiedereinsetzung oder Aufstellung einer regulären lokalen Polizei mit national-gemischtem Bestand«;
- »Deblockade der Verkehrswege, völlige Bewegungsfreiheit für alle Einwohner, Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Häuser«;
- Amnestie, »Recycling« (recikliranje) von »Terroristen zu Zivilisten«, Straffreiheit, ausgenommen für »konkrete Gewalttaten«.

Abgerundet wurde der Plan durch die erwähnten Annexe, die die Aufgabenstellung bis in kleinste Detail präzisierten, einen Finanzplan, der Aufwendungen von 11,36 Mrd. Dinar für die Wirtschafts- und Infrastrukturförderung der Region vorsah, und das »Organisationsschema des Koordinationsgremiums für die Gemeinden Preševo, Bujanovac und Medveđa«, das von den genannten beiden Regierungen gestellt wird, zu »internationalen Organisationen« (KFOR, NATO, UNMIK, OSZE, UNHCR u.a.) Verbindung hält und auf lokaler Ebene Politiker, Repräsentanten der Volksgruppen und Vertreter der Glaubensgemeinschaften einschließt. Die eigentliche Arbeit versehen fünf Kommissionen (Politik und Integration, Sicherheit und Militär, Wirtschaft und Soziales, Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft, Medien) und ein »Sekretariat« (für Verwaltung und Finanzen).

Soweit in seinen Grundlinien der Čović-Plan, dem ein Sachkenner wie Gareth Evans, vormalig Premier Australiens und heute Chef der *International Crisis Group*, seine Anerkennung zollte, obwohl er auch Kritik äußerte: Der Plan »ne présente pas la garantie internationale des droits civils sur laquelle les Albanais insisteront sans doute«. <sup>74</sup> Kann ein serbischer Vizepremier eine solche Garantie überhaupt aussprechen? Vermutlich nicht. Aber er kann internationale Präsenz

<sup>74</sup> Gareth Evans, Le prochain point chaud des Balkans, in: Le Monde, 20.2.2001, S. 15.

so in seine Pläne und Bemühungen »einbauen«, daß sich eine internationale Garantie gewissermaßen von allein ergibt. Eben das hat Čović getan, weswegen Evans seinem Plan die Zustimmung auch nicht versagte: Die Lage in Kosovo und Umgebung verschlimmert sich laufend, »Unsicherheit« und »Attentismus« der internationalen Gemeinschaft, vor allem im Hinblick auf den künftigen Status des Kosovo, »ermutigen« die Albaner im Kosovo, im Preševo-Tal und in Makedonien, »Gewalttaten zu begehen«. Belgrad hält sich dabei nicht nur zurück – es offeriert sogar einen bemerkenswerten Plan zur Befriedung, der von Anfang an erste Erfolgsaussichten bot.<sup>75</sup>

75 Ebd.

## »Der Krieg in Süd-Serbien ist beendet«

Die zwei serbischen Bemühungen um die Befriedung des Preševo-Tals und die Rückkehr der VJ in die Sicherheitszone waren insofern verknüpft, als die internationale Gemeinschaft Fortschritte (oder wenigstens Glaubwürdigkeit) bei ersterer mit Konzessionen bei letzterer honorierte. Konkret: Die VJ kehrte Anfang März 2001 in den Sektor C-Ost der Sicherheitszone zurück. Daß dies der kleinste Sektor ist, wußte Čović mit grimmigem Witz in einen Erfolg umzudeuten: Unter Milošević hat Serbien 14 000 Quadratkilometer verloren – Kosovo plus Sicherheitszone –, jetzt 25 zurückgewonnen, »wir machen Fortschritte«. <sup>76</sup>

Derartige »Fortschritte« häuften sich in den folgenden Wochen, und sie traten mit fast lautloser Selbstverständlichkeit ein: Am Morgen des 25. März verfolgte Čović den Einmarsch von VJ und Polizei in die Sektoren C-West (5 km) und A (263 km Grenzlänge) – ein Ereignis, das Milovan Čogurić, Staatssekretär im Verteidigungsministerium der BRJ, befriedigt so kommentierte: »Das ist noch eine Bestätigung des Vertrauens zwischen unseren Sicherheitskräften und der KFOR, gleichfalls auch des Vertrauens zwischen der BRJ und den Repräsentanten aller 37 Völker, die in die Aktionen und in die Organisation der KFOR integriert sind«. <sup>77</sup>

Am 14. April erfolgte der nächste Einmarsch, diesmal in den Sektor D (Merdare – Medveđa, 49 km), und er lief in den bereits ausgespurten Bahnen ab: Gemeinsame Pressekonferenz VJ – KFOR, Einmarsch der jugoslawischen »Spezialeinheiten«, binnen zwei, drei Stunden Einnahme der vorbestimmten Posten, Prüfung des Geländes auf Minen, befriedigte Erklärungen von Politikern, westlichen Beobachtern etc. Das ging bald so glatt und professionell vor sich, daß manche sich bereits eine lineare Fortführung bis zur faktischen Realisierung der UN-Resolution 1244 vorstellen konnten, etwa Bundesinnenminister Zoran Živković: »Ich erwarte, daß dieser Prozeß weitergeht und daß wir in den nächsten Wochen auch Unterstützung für die Zone bekommen, aus der wir noch ausgesperrt sind, also für den Raum Preševo – Bujanovac. Es ist die

Politik der neuen Macht in Jugoslawien und in Serbien, das Territorium des ganzen Staates zu bewahren, wobei der Staat auch ins Kosovo zurückkehren soll«. <sup>78</sup>

Eine sehr optimistische Prognose – der man indes den Realismus nicht absprechen konnte, auch wenn zeitweilig albanische Drohgebärden auf das Gegenteil deuteten: Die von Živković bezeichnete Zone war der Sektor B, der Mitte April zu einem Sammelpunkt für die albanischen Bewaffneten wurde, die vor der einrückenden VJ aus anderen Sektoren zurückgewichen waren. In ihrem Namen richtete »Kommandant Lešij« am 16. April eine Warnung an die serbische Seite: Wenn sie auch noch in den Sektor B käme, könne niemand mehr »für ihre Sicherheit garantieren«.

Die VJ rückte ab dem 24. Mai in den Sektor B ein, dessen drei »Untersektoren« (Süden, Norden, Zentrum; vgl. Karte, S. 22) bis zum 31. Mai besetzt wurden. Zuletzt trafen die *Vereinigten Sicherheitskräfte* (ZSB), vor allem Sondereinheiten der Polizei und Fallschirmjäger der VJ, im »Untersektor Zentrum« ein, der als »neuralgischer Punkt« der gesamten Sicherheitszone gilt: In dem Dorf Končulj befand sich ein ausgedehntes Waffenlager (das unter »ungeklärten Umständen« zuvor explodiert war), in Dobrosin das größte Ausbildungs- und Versorgungszentrum der UÇPMB, und Veliki Trnovac gilt als ein Knotenpunkt internationaler Drogenschmuggelwege. Als »Geste des guten Willens« verhaftete die KFOR beim Einmarsch der VJ den militantesten »Kommandanten« der UÇPMB, Muhamed Xhamali, der auf Ersuchen der Tschechischen Republik wegen Mordes und Drogenhandels von Interpol gesucht worden war. Kurz vor dem serbischen Einmarsch hatte es noch rund zehn Tage schwere Kämpfe gegeben, was Čović indessen nicht hinderte, eine Amnestie für all jene zu verkünden, die bis zum 24. Mai ihre Waffen und Uniformen abgaben, Minenfelder deklarierten etc. Die Albaner hatten eine Frist bis zum 31. Mai gefordert, da der 24. der Termin des Einmarsches war. Aber davon wollte Čović nichts hören: »Mit jenen, die nach dem 24. Mai auf Armee oder Polizei schießen, werden wir uns anders unterhalten«.

<sup>76</sup> RTS, 13.3.2001, Live-Sendung *Otvoreni studio* (Offenes Studio) mit *Call in* von Zuschauern.

<sup>77</sup> Bericht in: *Politika*, 26.3.2001, S. 1 und S. 7.

<sup>78</sup> RTS, 14.4.2001.

»Der Krieg in Süd-Serbien ist beendet«, schrieb erleichtert ein Journalist, der den Einmarsch der VJ begleitet hatte. Überall fand er Anzeichen eines überstürzten Rückzugs der UÇPMB, überall aber auch ihre Minen, die die ganze Region weiter gefährden. Dennoch verfügte Čović augenblicklich den Abzug der (wörtlich so) »außerordentlich eingesetzten Kräfte von Armee und Polizei«, um zu seinem eigentlichen Geschäft der »Krisenlösung per Dialog und politischen Mitteln« zurückzukehren. Dabei begleitete ihn sogar die Zustimmung der lokalen Albaner: »Mein Gott, die Mehrheit von uns wollte das alles nicht. Andere haben das geplant, und uns haben sie nur ausgenutzt. Das alles wurde dort im Kosovo geplant, uns hat niemand gefragt. Gott gebe dem Čović ein langes Leben.«<sup>80</sup>

Quelle: Politika, 26.5.2001.

Er konnte so reden, weil er für den Einmarsch nochmals eine wichtige Zusicherung bekommen hatte: »Die NATO unterstützt den Einmarsch der ZSB in den Sektor B der Sicherheitszone. Wir haben den Plan von Herrn Čović für eine friedliche Krisenlösung akzeptiert, und die NATO unterstützt die demokratische Macht in Serbien und Jugoslawien«. Unter diesen Umständen hatten die albanischen »Kommandanten« Shefqet Musliju, Mustafa Shaqiri und Ridvan Xhazimi nur noch die Möglichkeit, im Beisein von NATO-Repräsentanten eine Verpflichtung »zur völligen Demilitarisierung und Demobilisierung« der UÇPMB (samt Frist bis zum 31. Mai) zu unterschreiben. Zuvor war am 21. Mai in einem Festakt in Bujanovac die neue »multiethnische Polizei« aus der Taufe gehoben worden, die der OSZE-Botschafter in Jugoslawien, Stefano Sanino, mit den Worten einschwor: »Die internationale Gemeinschaft schaut auf euch alle, die ihr in Zukunft die Beschützer der Zivilbevölkerung dieses Gebiets sein werdet«.<sup>79</sup>

<sup>79</sup> Lidija Kujndić, Kost u grlu [Knochen im Hals], in: NIN; 24.5.2001, S. 20–22.

<sup>80</sup> Ljubiša Popović, Brzi je najbrže zbrisao [Der Schnelle ist am schnellsten verschwunden], in: NIN, 31.5.2001, S. 18–20 [»Schneller«, alb. »Shpetini«, ist der Kampfname des »Kommandanten« Mustafa Shaqiri].

## Der Modellcharakter des Čović-Plans und der Krieg in Makedonien

Vorauszusehen war es nicht, aber auch nicht auszuschließen, daß nach dem Ende des Konflikts in Süd-Serbien ein weiterer und neuer Konflikt im Norden Makedoniens ausbrechen würde. Dabei spielt es eine vergleichsweise geringe Rolle, ob die hier aktiven albanischen Extremisten mit denen identisch sind, die gestern noch im Preševo-Tal für Unruhe sorgten. Gravierender ist der Umstand, daß die Unentschlossenheit und Konzeptionslosigkeit der internationalen Gemeinschaft den Krieg in Makedonien eskalieren ließen.<sup>81</sup> Die Kämpfe, begleitet von einer Vertiefung des Zwiespalts zwischen Makedonen und makedonischen Albanern (22,7% der Gesamtbevölkerung), haben ein Ausmaß angenommen, das nach Ansicht des makedonischen Publizisten Slobodan Čašule nur noch eine extreme Alternative zuläßt. Entweder es kommt zu einem Bürgerkrieg, der sehr rasch zu einem *Balkankrieg* eskalieren könnte – oder beide Volksgruppen erkennen, daß sie derzeit von militanten nationalistischen Gruppen für Ziele manipuliert werden, die allen Einwohnern des Landes zum Schaden gereichen. Bräche sich diese Erkenntnis Bahn, lägen die nächsten Schritte auf der Hand: gemeinsame Abwehr der Terroristen und Bereinigung des bilateralen Verhältnisses im Sinne eines staatsbürgerlichen Grundkonsenses.<sup>82</sup>

Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung in Makedonien eintritt. Daß die Dinge überhaupt so weit wuchern konnten, lag nicht zuletzt daran, daß in Makedonien Personen, Einsichten und Konzepte fehlten, die kurz zuvor in Süd-Serbien vorhanden waren und dort für eine Befriedung sorgten. Nach monatelangen Kämpfen wurde der Serbe Čović von der makedonischen Regierung als »Berater« hinzugezogen,<sup>83</sup> aber sehr viel Unheil hätte vermieden werden können, wäre ein makedonisches Pendant von Čović verfügbar gewesen oder hätte man dessen gesamten Approach auch in Makedonien angewendet.

<sup>81</sup> Peter Münch, Der Feind im Westen, in: Süddeutsche Zeitung, 26.7.2001.

<sup>82</sup> Slobodan Čašule, Balkanski vojni – vtorpat? [Balkankriege – zweites Mal?], in: Dnevnik, 26.7.2001.

<sup>83</sup> Matthias Rüb, Ein Gerüst für das gemeinsame Haus von Mazedoniern und Albanern steht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.2001.

Das hätte sich schon deshalb empfohlen, weil beide Konflikte eine nahezu identische Natur haben: Bewaffnete Albaner nahmen den Kampf gegen die legitime Macht eines Landes auf, wobei sie sich als Verteidiger von Rechten ausgaben, die der lokalen albanischen Bevölkerung verweigert würden. Soweit der Konflikt – dessen völlig andere Behandlung in Makedonien kontrastiv und komparativ den Čović-Plan in einem geradezu modellhaften Licht erscheinen läßt.

In Makedonien sind gegenwärtig EU, NATO, OSZE, UN und US-Administration durch eigene »Beauftragte« an der Konfliktlösung beteiligt, ohne daß ihre Bemühungen bislang von Erfolg gekrönt waren. Hinter der makedonischen Regierung steht eine *breite Koalition* aus zwei makedonischen und zwei albanischen Parteien, die sich ebenfalls ohne Erfolg um eine Beendigung der Kämpfe bemüht. Und beim Präsidenten Boris Trajkovski arbeitete ein aus lokalen und internationalen Teilnehmern zusammengesetzter »Dialog« an einem Konzept, wie aktuelle Konflikte zu beenden und künftige zu verhindern seien. Ende Juli verließen die Makedonen dieses Forum, als EU-Repräsentant François Léotard verlangte, das Albanische in den Rang der »zweiten offiziellen Sprache« in Makedonien zu erheben.

Alle diese oder ähnliche Verwirrungen wurden in Serbien durch die einfachen Umstände vermieden, daß der Čović-Plan allein aus serbischer Mitte kam und seine Durchsetzung auch nur einem einzigen Mann, eben Vizepremier Nebojša Čović, anvertraut war. Daß ein solcher Verzicht auf Kollektivität durchaus Vorteile haben kann, wurde spätestens bei der Wiederinbesitznahme der gesamten Sicherheitszone deutlich. Dabei wurde auch das serbische *Pressezentrum* in Bujanovac aufgelöst, in dem Čović noch am 13. Mai eine lange Pressekonferenz gegeben hatte, die von RTS live übertragen wurde.<sup>84</sup> Es war eine ungemein interessante Begegnung, bei der der Vizepremier tiefe Einblicke in sein Konzept, seine Strategie und Taktik und seine Erfahrungen gewährte. Er wußte (und sagte) immer, daß sein Vorhaben viel Geduld erforderte – allerdings nicht grenzenlose, wenn sich die Gegenseite als unfähig und unwillig für einen Dialog erweist –

<sup>84</sup> Daraus auch die folgenden Zitate.



also sich aus »gewissen Gruppen« rekrutiert, die wollen, daß der Konflikt weitergeht und eskaliert, daß es schlicht in dieser Region zu einem Krieg kommt – einem Krieg, wie er derzeit in unserer Nähe, in Makedonien, vor der Tür steht.

Čović hat es nicht erwähnt, aber wohl gewußt, daß es ein Versäumnis der internationalen Gemeinschaft gewesen war, eben diese überregionale Präsenz militanter Gruppen und ihrer kriegerischen Ziele schlichtweg übersehen zu haben. »Naiv« habe die internationale Gemeinschaft im Kosovo gehandelt und mit ihrer Passivität die Stabilität der ganzen Region gefährdet, rügte Carl Bildt, Balkan-Beauftragter des UN-Generalsekretärs, Ende Juli in einem offenen Brief an die internationale Öffentlichkeit.<sup>85</sup> Sie habe alle Aufgaben im Kosovo verfehlt, besonders kraß die Entwaffnung der UÇK. Dadurch habe die NATO-Mission im Kosovo wie eine »Bluttransfusion« für den »aggressiven Nationalismus« der Albaner gewirkt, der jetzt nach Makedonien übergreife, also ein Land gefährde, in dem Makedonen und Albaner bisher die Macht teilten und gemeinsam Reformen ins Werk setzten. Ähnlich äußerten sich weitere Kenner der Region und ihrer Probleme – sofern die Probleme nicht durch »das zwielichtige Agieren Washingtons auf dem Balkan« zusätzlich geschürt werden.<sup>86</sup> Bezeichnenderweise sprach Bodo Hombach, EU-Beauftragter für den *Stabilitätspakt für Südosteuropa*, noch Ende Juni von einer »Schrecksekunde, wo die KFOR bestritt, der Konflikt in Makedonien habe etwas mit dem Kosovo zu tun.«<sup>87</sup> Auf dem Balkan selber hat man dank eigener Erfahrungen keine derartigen »Schrecksekunden« erlebt, war vielmehr darauf vorbereitet, etwaige Verhandlungen mit zweifelhaften Gesprächspartnern unter unerfreulichen Umständen führen zu müssen. Čović hat das sehr bildhaft geschildert:

»Wir wollten immer eine friedliche Aktion, haben aber niemals den Verteidigungsaspekt vernachlässigt. [...] Mich interessieren diese Leute mit den wunderlichen Kampfnamen nicht. Ich weiß, daß ihr Intellekt gerade so weit reicht, daß für sie nur Krach, Zerstörung, Schlägerei, Blut und Krieg Bedeutung haben. Mit einem Wort: Ihnen fehlt das frühere Regime. Ich habe ihnen das direkt gesagt, bei Gesprächen auf der Straße, daß sich dieses Land geändert hat und in Richtung Demokratie marschiert. Aber die ändern sich

<sup>85</sup> Zitiert nach der am 21.7.2001 im Makedonischen Fernsehen verlesenen Fassung.

<sup>86</sup> Renate Flottau et al., Das Doppelspiel der Amerikaner, in: *Der Spiegel*, (2001) 31, S. 100–102.

<sup>87</sup> Interview in: *Jungle World*, (27.6.2001) 27, S. 4.

nicht. Wenn man mit ihnen zu Gesprächen zusammentrifft, geht es immer nach demselben Schema: Erstens kommen Listen mit Anklagen aus vergangener Zeit, dann Listen mit irrealen, völlig nebulösen Forderungen. Daraus erkannte ich, worum es ihnen eigentlich geht – nicht um Abmachungen, sondern darum, den Konflikt fortzusetzen. Deshalb wird auch nichts mit humanitären Zonen etc. Sie sind Betrüger, die mit billigen Tricks Zeit gewinnen wollen, die ein gegebenes Wort nicht halten – Betrüger, gegen die man energisch vorgehen muß«.

Weil sich albanische Politiker auch in Makedonien kaum anders verhielten, kam der angestrebte »Dialog« mit ihnen kaum vom Fleck. Eben das aber war absehbar, zumindest für Carl Bildt, der in seinem erwähnten offenen Brief schrieb: »Ich erinnere mich an die albanischen Politiker in Tetovo vor einem Jahr. Ich war erschüttert und fürchtete mich vor dem, was passieren könnte«. Da andere in Makedonien über diese unmittelbare Kenntnis des Gegners nicht verfügten (und auch nicht von dem Serben Čović übernehmen wollten), wurde zuviel Zeit auf Maximalforderungen von albanischer Seite verschwendet, deren destruktiver Gehalt nur Auswärtigen nicht augenblicklich evident war. Auf so etwas hätte sich der Serbe Čović vermutlich nicht einmal diskutierend eingelassen, weil ihm der soziopolitische Hintergrund seiner Verhandlungspartner auf der Gegenseite offenkundig war:

»Es gibt hier ein paar Syndrome. Erstens die Geldgier, schließlich nehmen sie ziemlich viel Geld ein. Zweitens die Vorstellung, sie seien eine echte Armee, und drittens die Überzeugung, sie hätten die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Das wurde sogar in Gesprächen mit Beobachtern der Europäischen Union deutlich, daß sie sagten, paßt mal auf, in fünf Tagen rettet uns die NATO. Ich bin ganz sicher, daß das nicht passieren wird, denn wenn sich die NATO in der gewohnten Weise einmischen will, dann wird sie alte Fehler wiederholen. Unser Verhältnis zu NATO und KFOR ist ganz partnerschaftlich, denn wir haben ein identisches Problem, das Problem der Sicherheit und des vollständigen Friedens in der Region«.

Čović pflegte ein gutes Verhältnis zu Vertretern der internationalen Gemeinschaft, auch wenn manche von ihnen, anders als er, mitunter nicht beurteilen konnten, wann weiteres Verhandeln sinnlos war. Und er hat immer gewußt und gesagt, daß sein Konzept zwei Dinge benötigt. Das war zum einen die Gewißheit, daß man sehr viel Geduld und einen »langen Atem« benötigen würde; zum zweiten die Klarheit

darüber, was für Serbien (um dessen Landesteil es schließlich ging) nicht akzeptabel war: Keinen Sonderstatus für Albaner, keine Grenzänderung – alles andere ist verhandelbar. Eine derartige feste, aber auch flexible »Vorgabe« hat es für Makedonien nie gegeben, obwohl gerade hier die frühzeitige Fixierung unverfügbarer Essentials höchst notwendig gewesen wäre. In Makedonien hat es auch nie eine klare Ziel- und Zeitvorgabe wie im Čović-Plan gegeben: Was von Präsident Trajkovski als Plan ausgegeben (und nie veröffentlicht) wurde, waren acht Punkte, die von dem französischen Verfassungsrichter Robert Badinter suggeriert worden waren und auf eine Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, eine Förderung der albanischen Sprache im politischen Diskurs und auf allgemeinere Formulierungen in der Verfassung hinausliefen, die den nationalen Minderheiten entgegenkamen. Erst später und eher beiläufig kamen dann Vorschläge, die bei Čović zuerst und allein aufgetaucht waren: Integration und Entwaffnung der Albaner, ökonomische Belebung. Die Unverbindlichkeit der makedonischen Vorschläge, die natürlich nicht allein den Makedonen zuzuschreiben war, erlaubte es den »importierten Terroristen«, nach wie vor als »Kämpfer für Minderheitenrechte« aufzutreten.<sup>88</sup> Čovićs Taktik war es hingegen, die bewaffneten Extremisten dadurch zu isolieren, daß er sie in jeder Weise von den lokalen Albanern abgrenzte und diese Abgrenzung auch in keinem Moment seiner Verhandlungen vergaß.

Vermutlich hätten alle diese guten konzeptionellen und taktischen Ansätze nicht viel bewirkt, wäre nicht militärischer Druck seitens der internationalen Gemeinschaft hinzugekommen. Dieser Druck erfolgte nicht direkt, es reichte schon, der VJ die Sektoren der Sicherheitszone im Preševo-Tal zurückzugeben. Dabei zeigte sich, daß albanische Bewaffnete vor der VJ schlichtweg Angst haben. In Makedonien, das über eine gut ausgebildete und dank der Hilfe Bulgariens, der Ukraine, Griechenlands und anderer Staaten auch gut bewaffnete Armee verfügt, dazu noch über die buchstäblich »schlagkräftigen« Einheiten der Polizei (des Innenministeriums), war das diametral anders: Die jugoslawische VJ wurde allgemein überschätzt, die makedonischen Truppen werden unterschätzt. Makedonien wurde international auch erlaubt, übrigens als

erstem ex-jugoslawischem Nachfolgestaat überhaupt, eine »Doppelstrategie« von politischem Dialog und militärischer Aktion zu verfolgen. Diese Erlaubnis wurde erteilt, um Makedonien als »Stabilisierungsfaktor in Südosteuropa« gegen »Verbrecher und Mörder« zu sichern, sie wurde aber wieder eingeschränkt, als westliche Emissäre den Dialog bestimmten und die militärische Aktion durch permanente Mahnungen zur »Zurückhaltung« hemmten.<sup>89</sup> Weil das so ist, geriet Makedonien in wachsende Bedrängnis – weil es in Serbien nicht so war, konnte Čović Erfolg haben.

<sup>88</sup> Vgl. das Interview mit Kastriot Haxhixexha, Vorsitzender der neugegründeten albanischen »Demokratischen Nationalpartei«, die sich als politischer Arm der UÇK in Makedonien versteht, in: Slobodna Dalmacija, 20.6.2001, S. 6.

<sup>89</sup> Detailliert dazu Wolf *Oschlies*, Mazedonien als Opfer internationaler Ignoranz?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2001) 8, S. 931–941.

## Ein Modell für das Kosovo?

Serben sind Leute, die ihre *Niederlagen* feiern – besagt ein serbischer Aphorismus. Wie eine Illustration dessen mutet ein Konflikt an, den Nebojša Čović Anfang Juli mit allem Nachdruck ausfocht. VJ-Generalstäbler hatten ihm öffentlich vorgeworfen, im Preševo-Tal keinen Erfolg gehabt, serbische Interessen verraten und viel Geld für nichts verschwendet zu haben, den Albanern und der KFOR zu sehr entgegengekommen zu sein und die serbischen Chancen für eine Kosovo-Lösung geschwächt zu haben. Alle diese Vorwürfe nannte Čović immer wieder *besmisljeno* (unsinnig), nahm sie aber zum Anlaß, einige einfache Wahrheiten auszusprechen: Alle Probleme im Kosovo und in Süd-Serbien bestehen nur darum, weil die VJ – unter welchen Umständen auch immer – irgendwann dort versagt hat. Die in diesen Regionen lebenden Albaner sind Bürger Serbiens, die Forderungen stellen; soweit diese berechtigt sind, werden sie erfüllt, unberechtigte Forderungen werden von vornherein abgelehnt. Die KFOR ist für das Kosovo zuständig, und die gute Zusammenarbeit mit ihr in Süd-Serbien hat serbische Chancen auf eine weitergehende Klärung verbessert. Im übrigen sollte man die Regelung so schwieriger Probleme jenen in Serbien überlassen, die illusionslos und gut vorbereitet an sie herangehen, nicht aber jenen, die »persönliche und Gruppeninteressen fälschlich als nationale oder Staatsinteressen ausgeben« und »den Erfolg in Süd-Serbien verkleinern und mehr berechnen als den Mißerfolg im Kosovo«. <sup>90</sup>

Kein Zweifel: Hier ist jemand am Werk, der die verfahrenere Lage im Kosovo mit neuen Ideen angeht. Und noch im laufenden Jahr 2001 könnte sich erweisen, wie weit das alles trägt. Für den 17. November sind allgemeine Wahlen im Kosovo geplant, die bereits in der Vorbereitungsphase mehrfach für Aufregung sorgten:

- Der seit den Kommunalwahlen vom letzten Herbst bestehende Konflikt zwischen Ibrahim Rugova, dem Wahlsieger, und Hashim Thaçi, dem überraschend deutlichen Verlierer, hat sich weiter verschärft. Thaçis unverkennbare Bevorzugung seiner radi-

kalen UÇK-Gefährten hat ihn soviel Einfluß gekostet, daß seine künftige Stellung in der angestrebten Provinzregierung auf dem Spiel stehen könnte.

- Das von den UN vorgelegte *framework* von Wahlgesetzen und -bestimmungen wurde von albanischen Politikern abgelehnt, was aber nicht zu seiner Umgestaltung führte.
- Der Hauptwunsch der Albaner, mit den Wahlen ein »Referendum über die Unabhängigkeit« zu verbinden, fand kein Gehör; mit den Worten von Hans Haekkerup, UN-Administrator für das Kosovo: »the international community does not want any referendum clause in the legal framework«.
- Die Hauptsorge der internationalen Gemeinschaft galt dem Bemühen, die ca. 200 000 Nicht-Albaner, darunter schätzungsweise 110 000 Serben, zur Teilnahme an der Wahl zu bewegen. Das implizierte zum einen weitgehende Garantien für ihre Sicherheit, zum anderen zusätzliche Abstriche im Maximalzielkatalog der Albaner.

Wie US-Außenminister Colin Powell den Albanerführern bereits im April entgegenhielt, sollten sie »not press for the province's independence from Serbia as an immediate priority since this could further erode regional stability«. Sollte diese Aussage auch bedeuten, daß die »priority« des Unabhängigkeitswunsches nicht am Tag nach den Wahlen wiederaufgenommen werden kann? Einige Passagen aus dem Wahl-*framework* scheinen darauf hinzudeuten: Durch die Sitzverteilung – 100 Sitze entsprechend den Wahlergebnissen, 10 für die Serben und weitere 10 für andere Minderheiten – und durch Vorkehrungen gegen eine Majorisierung von Minderheiten »in a non-acceptable way« sowie andere »guarantees for minorities and groups« dürfte verhindert werden, daß die künftige Provinzregierung als gewissermaßen antizipierte Staatsregierung agiert.

Die internationale Gemeinschaft ist sich bewußt, daß das Kosovo noch sehr weit von jeglicher Normalität entfernt ist, und sie bemüht sich, mit den Wahlen eine Umkehr zum Besseren einzuleiten. <sup>91</sup> Wie Dan Everts, OSZE-Chef für das Kosovo, in einem Interview

<sup>90</sup> Nebojša Čović, *Istorija se nije ponovila, gazde će se menjati* [Die Geschichte hat sich nicht wiederholt, die Hausherrn werden sich ändern], in: NIN, 5.7.2001, S. 22–23.

<sup>91</sup> Šaban Hiseni, *Zloupotreba na izborite* [Mißbrauch von Wahlen], in: Puls, 29.6.2001, S. 37.

sagte,<sup>92</sup> schockiert noch immer »das momentane Niveau der Gewalt, die Unmöglichkeit der Rückkehr vertriebener Personen und die ganze Sicherheitslage«. Schwierig ist das Verhältnis zu den Albanern besonders für die Serben, von denen ca. 200 000 vertrieben wurden, aber auch bei den anderen rund zehn nicht-albanischen Volksgruppen »sind ihre Verbindungen mit der albanischen Volksgruppe nur wenig besser«. Das wäre vermutlich ein Grund für sie, die Wahlen zu boykottieren, aber genau das will die internationale Gemeinschaft verhindern. Das macht sie mit etwas Druck und mehr Ermutigung, die Serben sollten mittels »Registrierung und Wahlen den Albanern ein starkes, konkretes Zeichen geben, daß sie für Veränderungen sind«. So etwas wäre ein »Signal der serbischen Gemeinschaft, daß sie sich beteiligen möchte und ein Teil der Gesellschaft, ein Teil der Institutionen und ein Teil eines demokratischen Kosovo sein will«. Sozusagen einen Vorgeschmack könnte bereits die Registrierung der Wähler gegeben haben, denn wahlberechtigt war jeder »Einwohner« (»nicht Bürger, denn das Kosovo ist kein Staat«), also auch die Vertriebenen.

Das alles mag angesichts harter Realitäten im Kosovo etwas romantisch anmuten, bietet in längerer Sicht aber Chancen im Sinne von Čović. Der hatte ein Ziel, nämlich die naturgegebene Multiethnizität balkanischer Regionen von interethnischer Feindschaft in »normale« Koexistenz zu wandeln, er hat Erfahrungen im Umgang selbst mit militanten Extremisten, er hatte in kleinem Rahmen Erfolg, und er ist überzeugt, daß seine spezifische Mischung aus guten Ideen, akzeptablen Prinzipien und flexibel-geduldiger Verhandlungsführung auch für das Kosovo taugt. Das hat er selber oftmals gesagt, und sein enorm gewachsenes internationales Ansehen dürfte dafür sorgen, daß seine Wortmeldungen zur Kenntnis genommen werden.

Ende Mai hatte Čović den Vorschlag einer »Teilung des Kosovo in ethnische Einheiten« unterbreitet. Im Grunde ist ein solcher Vorschlag bereits im September 1998 gemacht und im Anschluß an die NATO-Mission 1999 wiederholt worden: Im Kosovo werden fünf Kantone (Peć, Leposavić, Priština, Kosovska Kamenica und Prizren) geschaffen, in denen die nichtalbanische Bevölkerung konzentriert und von der KFOR vermehrt geschützt wird. Der Vorschlag stieß damals auf breite Ablehnung: Bildung von *Kantonen* erinnerte an den Vance-Owen-Plan für Bosnien (1993), erschien als Negierung der internationalen Ordnungsrolle für das ganze Kosovo, wurde als Absage an albanische Unab-

hängigkeitsforderungen aufgefaßt etc. Davor gab es 1993 bereits den Teilungsvorschlag des serbischen Akademiemitglieds Milovan Radovanović und andere Projekte,<sup>93</sup> so daß die Idee wirklich nicht neu zu nennen ist. Neu ist allerdings der politische Kontext, in welchem sie nun diskutiert wurde: Mit ihrer Umsetzung würde das Kosovo dezentralisiert, stiege die Sicherheit der Serben und anderer Nicht-Albaner, bekäme die UN-Resolution 1244 ein neues Gewicht, um nur einige Vorteile zu nennen – dazu noch der Effekt, daß Serbien mit ihr aus der »politischen Defensive« herauskäme, nicht mehr nur auf »fremde Züge« reagierte, selbst »die Initiative ergreift«.<sup>94</sup> Hinzu kommt, daß dieses Konzept in neue Überlegung einer dezentralisierten Neugliederung Serbiens eingebettet wäre. Diese ist in ihrer endgültigen Gestalt noch nicht konkretisiert, aber das grundlegende Ziel einer verstärkten lokalen Selbstverwaltung und »regionalen Demokratie« ist bereits fixiert, und das kommt der international geforderten »substantiellen Autonomie« für das Kosovo sehr nahe.<sup>95</sup>

Sollte das eintreten, wäre ein verheißungsvoller Anfang gemacht. Die Ereignisse und Entwicklungen vor Ort sind an einen Wendepunkt gelangt, von dem aus es aufwärts gehen kann – ungeachtet der Paroxysmen derer, die längst entschwundenen Chancen mit längst obsoleten Gewaltmitteln nachjagen. Der Effekt ihres Treibens ist nur noch durch ein Paradoxon zu beschreiben: produktiv, weil maximal kontraproduktiv. Eine Illustration dessen bot sich am 13. April 2001 in Skopje: US-Außenminister Colin Powell hatte Rugova, Thaçi und Haradinaj, die (untereinander spinnefeinden) Albanerführer des Kosovo, in die makedonische Hauptstadt zitiert, um ihnen und anderen offen zu erklären, daß die »völlige Isolation albanischer Extremisten des Kosovo« nötig sei, um eine Befriedung dieser Region und umliegender Gebiete zu erreichen, die keine Zukunft hätten, solange die Gewalt nicht beendet würde. Deshalb sei in Skopje auch nicht über den »künftigen Status des Kosovo« gesprochen worden, »sondern über das Ausgreifen des Terrorismus aus dem Kosovo auf andere Teile der Region«.<sup>96</sup>

<sup>93</sup> Mehmet Elezi, *Kosova between Politics and Realpolitik*, in: *The Balkan Analyst*, (1998) 4, S. 11–47.

<sup>94</sup> Ljubiša Popović, *Važna je inicijativa* [Die Initiative ist wichtig], in: *NIN*, 24.5.2001, S. 23.

<sup>95</sup> B. Čpajak, *Šest regiona najčešće pominjana varijanta* [Sechs Regionen sind die am häufigsten erwähnte Variante], in: *Politika*, 16.6.2001, S. 8.

<sup>96</sup> Bericht in: *RTS*, 13.4.2001.

<sup>92</sup> In: *NIN*, 5.7.2001, S. 21–22.

So befreiend es anmutet, die endlosen Debatten um »unabhängiges Kosovo« versus »Kosovo Teil Jugoslawiens« durch ein offenes Wort auf ihre Ausgangspunkte zurückgeführt zu sehen, nämlich die Aggressivität albanischer Separatisten, so drängender wird doch die Frage, wie diese konträren Positionen entstehen und derzeit eskalieren konnten.

Aggressionsakte sind das explosive Resultat aufgestauter Frustrationen, die in ethnischen »Leidensgemeinschaften« besonders tief empfunden werden. Im konkreten Fall des Kosovo läßt sich das in signifikanter Weise beobachten: Solange Milošević an der Macht war, waren die Albaner die Leidtragenden (oder schien es zu sein) – nach der NATO-Mission 1999 und Milošević's Sturz sind es die Serben. Beide ethnischen Gruppen neigen dazu, ihre »Leidensgeschichte« zu einer nationalhistorischen Epopöe zu verdichten, bei charismatischen Führungsfiguren eine Beendigung erlittener Not zu suchen und fortan auf Dauer eine repressive Suprematie über die jeweils andere ethnische Gruppe (als dem vermeintlichen Verursacher des eigenen Leidens) auszuüben.

Das Kosovo exemplifiziert seit zwei Jahren die Folgen: 40 000 KFOR-Soldaten aus aller Welt müssen elf nicht-albanische Volksgruppen vor systematischem albanischem Terror schützen, der sich dennoch nicht eindämmen läßt und über die regionalen Grenzen hinausgreift. Die gesamtbalcanische Angst davor kam in der multilateralen Unterstützung für Makedonien zum Ausdruck, als dieses den kosovarischen Angreifern auf eigenem Territorium mit einer massiven Aktion entgegentrat. Im schlimmsten Fall könnte hier eine »Neuaufgabe« des ersten Balkankriegs von 1912 entstehen: Die vereinigten Balkanvölker gegen einen gemeinsamen Feind – damals die Osmanen, heute die Kosovo-Extremisten.

Eine partielle Ausnahme von den hier skizzierten Akteuren bilden die Albaner im Preševo-Tal. Auch sie hatten früher unter Belgrader Repressionen zu leiden, aber sie waren numerisch nicht so dominant wie die Albaner im Kosovo, und ihren serbischen Nachbarn ging es kaum besser. Die Region war die »rückständigste« (najzaostalija) im ganzen Land. Alles das erleichterte die im Prinzip simpelste, in der gegebenen Realität schwierigste Sache: das Gespräch miteinander. Nebojša Čović wagte es erstmalig am 30. Januar 2001 in Preševo, und der Erfolg gab ihm recht: Die lokalen Albaner erschienen in großer Zahl, die Serben auch, und kein Thema blieb unangesprochen: Übergriffe serbischer Militärs, Rückständigkeit der Region, fehlende Papiere für Albaner etc. Čović berichtete, versprach,

beschwichtigte und erinnerte seine Zuhörer an einfache Fakten: Beschwert euch bei Milošević, sagte er den Serben (wenn deren Klagen allzusehr an der Realität vorbeigingen), und den Albanern bedeutete er lässig, sie mögen doch selber bestimmen, wer in ihrem Namen mit den neuen Belgrader Machthabern verhandeln sollte – mit der Ausnahme bewaffneter Extremisten würde jeder Partner akzeptiert.<sup>97</sup>

Derartige Gespräche werden eines Tages auch im Kosovo stattfinden, auch wenn derzeit absolut nichts dafür spricht. »Mit Serben können wir nicht zusammenleben«, sagen die Albaner, »Mit Šiptari kann man nicht verhandeln«, meinen die Serben. Und jeder Gewaltakt bestätigt beide Volksgruppen in ihrer Verweigerungshaltung. Dennoch wäre das offizielle Belgrad augenblicklich zu Gesprächen bereit, die albanischen Machthaber jedoch sind es nicht. Diese verwechseln zum einen Quantität mit Qualität und glauben, daß absolute demographische Mehrheit in einer Region dort auch absolutes politisches Recht verbürge. Zum zweiten sind sie überzeugt, daß einseitige Forderungen international mehrheitsfähig wären, wenn sie nur in der richtigen »Verpackung« präsentiert werden: Das »souveräne Kosovo« ist dann nicht mehr Resultat eines separatistischen Alleingangs gegen alle europäischen Grundsätze, sondern Ausdruck des »nationalen Selbstbestimmungsrechts«, das als solches geachtet werden muß.

Das sind Positionen, die den Westen ratlos verstummen lassen, den Osten aber unangenehm an eigene historische Erfahrungen erinnern: Wie die Kosovaren heute mit Belgrad, so sind 1935 die Sudetendeutschen mit Prag umgegangen, Danzig 1939 mit Warschau, Ungarn 1941 mit Rumänien (als es diesem Nord-Siebenbürgen raubte), Afghanistan in den späten 70er Jahren mit Moskau etc. Diese gewissermaßen negative Empirie befähigt die Osteuropäer, die balkanischen Zustände und Akteure schärfer zu beobachten und präziser einzuschätzen. Hinzu kommt eine mentale Prädisposition zu allslawischer Solidarität, die in Extremsituationen auftritt, obwohl sie vielleicht nicht einmal ihren Trägern immer bewußt ist: Das wird jeder bestätigen, der beispielsweise im August 2000 slawische Medienberichte zum Unglück des russischen U-Boots *Kursk* verfolgt hat. Slawen waren auch niemals davon überzeugt, es habe 1999 jene Untaten des Milošević-Regimes – »Massaker von Račak«, »Aktion

97 Olivija Rušovac, Probijanje leda [Brechen von Eis], in: Republika, (16.-28.2.2001) 255.

Hufeisen« etc. – gegeben, die inzwischen auch im Westen als Propaganda-Fiktionen erkannt werden.<sup>98</sup>

Gegenwärtig wird den Serben diese Solidarität auch von solchen zuteil – Bosniern, Slowenen –, die gemeinhin nicht die beste Meinung von Belgrad haben. Aber eindeutig schlecht ist ihre Meinung von albanischen Politikern, und das kommt indirekt den Serben zugute. Man sollte im Westen viel häufiger verfolgen, wie Osteuropäer Äußerungen von Albanern, in westlichen Medien geäußert, lesen und auffassen. Albaner haben ein gewisses Talent, eigene Maximalforderungen in einer auf westliche Rezipienten zugeschnittenen Form zu präsentieren: »Souveränität des Kosovo« und »Föderalisierung Makedoniens« dienen dem »Frieden auf dem Balkan«, Albaner »greifen zur Waffe, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen«, »NATO-Hilfe für Makedonien wäre das Ende Makedoniens« etc. So etwas mag im Westen beeindruckend, im Osten kann es das nicht, denn dort erkennt man hinter schönen Worten aus Priština und Tetovo den aggressiven Eroberungswillen vordemokratischer Extremisten.<sup>99</sup> So werden beispielsweise auch westliche Klagen darüber, daß die *Makedonische Akademie der Wissenschaften und Künste* (MANU) keinen Albaner als Mitglied habe, in osteuropäischen Medien mit der Tatsachenfeststellung gekontert, daß Albaner es ablehnen, in »nicht-albanischen« Akademien Mitglied zu werden.<sup>100</sup>

Aber solche Einzelbeispiele fallen nicht ins Gewicht – verglichen mit den beiden Grundunterschieden östlicher und westlicher Perzeption balkanischer Gegebenheiten. Erstens weiß man im Osten, daß auf den Prinzipien der Ethnizität und der kollektiven Volksgruppenrechte erbaute »Föderationen« (Sowjetunion, Tschechoslowakei, Jugoslawien) in Staaten zerbrechen, die nach ethnischer Homogenität streben und in diesem Streben von ethnischen Minderheiten kopiert werden – wie es mit Jugoslawien und im Kosovo geschah.

Zum zweiten weiß man im Osten, daß Besatzerregime (wie es UNMIK und KFOR im Grunde ausüben) nicht einmal akute Konflikte meistern, geschweige denn konstruktive Lösungen für die Zukunft erarbeiten können: »The standoff between a small number of

Kosovo Serbs, on one hand, and Albanians, on the other continues. NATO peace-keepers cannot serve as a perennial guarantor of peace in the region – Most Albanian politicians demand independence for Kosovo. They are planning a referendum on the issue as a legal instrument for Kosovo residents to express their will. The situation being what it is, it is not difficult to predict the outcome of this referendum. Nonetheless, granting Kosovo independence would be in conflict with Resolution 1244 of the UN Security Council. Serb politicians, including the new Belgrade regime, will never out up with such a turn of events. On the other hand, 'reintegration' of Kosovo into Yugoslavia on a new, democratic basis – considering the present situation in Kosovo – is an uphill task. Kosovo Albanian leaders are constantly repeating that any preservation of Kosovo's dependence on Belgrade would mean a setback«.<sup>101</sup>

Solche Befunde dürften mittlerweile »Binsenweisheiten« sein, aber sie waren es allzu lange Zeit nicht. Hier zeigen sich die (in)direkten Schwächen internationaler Kosovo-Politik, die den Machtwechsel in Belgrad nicht für eigene Zwecke nutzt, weil es ihr überhaupt an Konzepten mangelt. Sie weist zwar eine »multiplicity of institutions« auf, leidet aber »from complexity and lengthy for policy formulation«. Das Ergebnis ist ineffizienter Leerlauf oder, wie es der Balkan-erfahrene Carl Bildt ausdrückte: »It is less a question of too many cooks spoiling the broth – it is more that we don't have a recipe«.<sup>102</sup>

Wie in der Mathematik Minus mal Minus Plus ergibt, könnten die aktuellen Anomien des westlichen Balkans sehr wohl positiv transformiert werden:

- Die albanische Totalverweigerung ist personell an selbsternannte Führer gebunden: *Mit* diesen wird es keine Lösung von Problemen geben, die *ohne* sie nicht bestünden.
- Serbien lebt derzeit ökonomisch ohne Zukunftsperspektive, aber sein politischer *Čović-Plan* für die Befriedung Süd-Serbiens mit seinen drei Stufen – Integration, Demilitarisierung, Wirtschaftsbelebung – könnte auch für den Kosovo eine Dauerlösung sein, besonders wenn die dritte Stufe massive Förderung aus der internationalen Gemeinschaft erföhre.<sup>103</sup>

<sup>98</sup> Detailliert dazu Wolf *Oschlies*, Kosovo-Krieg – Wer lügt denn da?, in: *Journalist*, (2001) 4, S. 42–44.

<sup>99</sup> Als beeindruckendes Beispiel in dieser Hinsicht vgl. die Wiedergabe eines Interviews, das der PDP-Führer Imer Imeri dem *Spiegel* gegeben hatte, in: *Delo* (Ljubljana), 27.3.2001, S. 4.

<sup>100</sup> Vgl. das Interview mit MANU-Präsident Georgij Evremov, in: *Delo*, 29.3.2001.

<sup>101</sup> A(leksandr) *Karasev*, Russia in Yugoslavia; Mission Accomplished, in: *International Affairs* (Moskau), (2001) 1, S. 85–93 (90ff).

<sup>102</sup> Misha *Glenny*, Has Anyone Seen Our Policy?, in: *The Washington Quarterly*, (2000) 4, S. 171–175.

<sup>103</sup> Kurz vor den Septemberwahlen hatte Bodo Hombach

□ Die internationale Präsenz im Kosovo ist, je länger je mehr, von »Hilflosigkeit«, »Ernüchterung«, »Schwäche«, »Kapitulation vor dem Faktischen« u.ä.m. gekennzeichnet.<sup>104</sup>

Es gibt zahlreiche denkbare »Optionen« für eine Zukunft des Kosovo<sup>105</sup> – die sich auf drei Grundformen reduzieren lassen: Souveränität, Teilung, Autonomie.<sup>106</sup> Die international nie gewollte Souveränität scheidet inzwischen definitiv aus, so daß nicht einmal die vage Möglichkeit übrigbleibt, man könne nach jahrelangem »Offenhalten« der kosovarischen Status-Frage doch noch auf sie zurückgreifen. Auch die Teilung des Kosovo war niemals eine realistische Option: Nach dem Ende der NATO-Mission kollidierte sie mit dem Anspruch von UNMIK und KFOR, Sicherheit und Recht im *ganzen* Kosovo zu verbürgen. Als temporäre Schutzmaßnahme und Übergangslösung auf dem Weg zum international akzeptierten Ziel kosovarischer Autonomie in Jugoslawien dürfte der Čović-Vorschlag Beachtung finden, im Kosovo Entitäten zu bilden. Grundsätzlich aber bleibt es bei der Autonomie – von der angeblich kein Kosovo-Albaner etwas hören will.

Als zu Jahresbeginn im Kosovo Serben durch albanische Bomben umkamen, obwohl ihre Busse von KFOR-Fahrzeugen begleitet wurden, gab es darauf nur zwei Reaktionen bei Albanern: Die einen fragten, was Serben überhaupt noch im Kosovo zu suchen hätten – die anderen behaupteten zum wiederholten Mal, daß derartige Gewalttaten das Werk »serbischer Geheimdienste« seien. Serben und liberale Albaner (wie Veton Surroi) befürchten, daß die Entwicklung im Kosovo auf eine Wahl zwischen zwei Übeln hinausläuft: Entweder wird die albanische Vorherrschaft über das

den Serben noch 2,1 Mrd. US-Dollar versprochen (Bodo Hombach, *Yugoslav Voters' Choice Is Also about the Future of Europe*, in: *International Herald Tribune*, 23.9.2000, S. 4). Später war nur noch von 630 Mio. US-Dollar die Rede, von denen bis Anfang März 2001 lediglich 274 Mio. US-Dollar eintrafen. Italien trug davon mit 34,44 Mio. und Deutschland mit 25,17 Mio. US-Dollar den Hauptanteil; vgl. B. *Gulan*, *Kraj medenog meseca* [Ende des Honig-Mondes], in: *Ekonomika politika*, 26.3.2001, S. 13.

**104** Andreas Wittkowsky, *Give War a Chance? Optionen zur Konsolidierung des Kosovo*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (2000) 4, S. 347–360.

**105** Joseph Marko (Hg.), *Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder entwirren?*, Baden-Baden 1999.

**106** Die in diesem Zusammenhang von Serben gelegentlich in die Debatte gebrachte Idee eines »Gebietsaustauschs«, das heißt Aufgabe des Kosovo gegen einen Anschluß der *Republika Srpska*, laut Dayton-Vertrag zweite *Entität* in Bosnien-Herzegowina, kann wohl ins Reich der Phantasie verwiesen werden.

kosovarische Terrain so total, daß die internationale Präsenz auf wenige isolierte Stützpunkte zurückgedrängt wird, oder es kommt zu einem offenen Krieg mit der KFOR.<sup>107</sup>

In Medienberichten und Analysen wird immer wieder vor einer steigenden »Unruhe« oder »Unge-duld« unter den Albanern gewarnt. Dafür gibt es in der Tat viele Indizien:<sup>108</sup> Zwei Drittel der Kosovo-Albaner sind unter 30 Jahre alt, die Wirtschaft der Region bietet wenig Zukunftschancen, in jedem Fall weniger als die Kriminalität. Umfangreiche internationale Hilfsprogramme haben eine allgemeine »Anspruchshaltung« entstehen lassen: Man betrachtet die Hilfe als selbstverständliche Bringschuld der internationalen Organisationen. Andererseits lastet man alle Probleme und Mängel der UNMIK an, die als UN-Institution ohnehin als Exponent der Kräfte, die 1999 gegen die NATO-Mission waren, ein geringes Ansehen genießt. Die ungeklärte Zukunft des Kosovo und mehr noch die Parallelstrukturen der früheren UÇK, die der UNMIK das staatliche Gewaltmonopol streitig macht, schrecken potentielle Investoren aus dem Ausland ab.

Vor allem aber kommen hier die ungezählten Waffen ins Spiel, die im Kosovo nach wie vor noch im Umlauf sind. Dazu erläuterte der US-Wehrexperte Paul Beaver: »Die albanischen Separatisten nutzen Waffen, die sie von der Jugoslawischen Armee und Polizei gestohlen haben, dazu auch militärisches Gerät, das sie zum Kampf gegen Milošević von der CIA und anderen amerikanischen Organisationen bekommen haben. Gleichfalls haben sie Quellen in kriminellen Netzwerken, die sie mit modernsten Kleinwaffen versorgen, auch mit Funkgeräten, nicht aber mit schweren Waffen, weil sie eine Guerillatruppe sind. [...] Die NATO und die EU tun alles, um die Situation zu klären. Es liegt in niemandes Interesse, ausgenommen im albanischen, daß es einen instabilen Balkan gibt.«<sup>109</sup>

Es steht also alles bereit, im Kosovo aggressiver als je zuvor im Zuge einer ethnisch-nationalistischen Mobilisierung zu einer Retribalisierung der eigenen Identität zu schreiten und diese gegen andere mittels Diskriminierung, Segregation, Unterwerfung oder Eliminierung abzusichern. UNMIK und KFOR haben

**107** Svetlana Čurčević-Lukić, *Srbi i Albanci – Kanalisiranje očaja* [Serben und Albaner – Kanalisierung der Verzweiflung], in: *NIN*, 22.2.2001, S. 12–14.

**108** Wittkowsky, *Give War a Chance?* (wie Anm. 104).

**109** Pol Biver (Paul Beaver) (Interview), *Cepanje duž etničkih linija* [Spalten entlang ethnischer Linien], in: *Reporter*, 4.4.2001, S. 6.

das anfänglich nicht verstanden und stehen diesem Phänomen mittlerweile machtlos gegenüber: Ihre Polizeikräfte sind »nicht in der Lage, die innere Sicherheit zu gewährleisten«, weil die »zunehmend organisierten Gewaltverbrechen aus ethnischen Motiven« dem entgegenstehen und Aufklärungsbemühungen »in der Bevölkerung oft auf eine Mauer des Schweigens« stoßen, zudem von lokalen Hilfskräften, Dolmetschern etc. behindert werden.<sup>110</sup> Noch geht der Kampf vorwiegend um das Gewaltmonopol, das Albaner möglichst eng mit staatlicher Unabhängigkeit verbunden sehen möchten, während UNMIK es als Voraussetzung elementarer Ordnung, Sicherheit, Rechtspflege etc. durchsetzen möchte, aber immer weniger kann.

Wie immer diese Auseinandersetzung ausgehen wird – sie könnte leichter und rascher überstanden werden, wenn die internationale Gemeinschaft die Serben ins Boot holte. Sollte der Konflikt eskalieren, würde es eine serbische Beteiligung in Übereinstimmung mit UN-Resolution 1244 geben: »that after the withdrawal an agreed number of Yugoslav and Serb military and police personnel will be permitted to return to Kosovo«. Sollte es aber – nach einer Restituierung des internationalen Gewaltmonopols im Kosovo und der Einsetzung eines internationalen *War and Ethnic Crimes Court*<sup>111</sup> – zur diametral gegenteiligen Entwicklung, zu konstruktiven Verhandlungen, kommen, dann stünde der serbische *Čović-Plan* als einziges Modell zur Verfügung. Wie es aussieht, sogar als einziges erfolgversprechendes Modell!

<sup>110</sup> Wittkowsky, Give War a Chance? (wie Anm. 104).

<sup>111</sup> Ebd.



## Anhang: Preševo-Tal – Land, Leute, Konflikte

### Multiethnizität in (Süd)Serbien

Serbien (86 500 qkm, 10,3 Mio. Einwohner) ist weder ethnisch noch sozioökonomisch so homogen, wie es manchem erscheinen mag. »Serbien [ist] heute das Land mit den größten regionalen Disproportionalitäten, und zwar unter allen Aspekten, nicht nur in dieser Region, sondern auch in ganz Europa.«<sup>112</sup> Serbische Geschichte ist auch eine Geschichte territorialer Erweiterungen.<sup>113</sup> Dabei behielt jede vereinigte Region ihre ethnische Komposition und ihre ökonomische Natur. Die koexistenzielle Regionalität ist nicht an ökonomische Prosperität gebunden. Sie gedeiht auch in kargen Gebieten (wie dem Sandžak) oder in »Armenhäusern« wie dem Preševo-Tal (*Preševska kotlina* bzw. albanisch *Lugina e Preshevës*) im südserbisch-kosovarisch-makedonischen Dreiländereck. Das Gebiet südlich von Vranje war stets ein Geheimtip unter Folklorefreunden und Ethnomusikologen, da seine ethnisch gemischte Bevölkerung eine ungewöhnlich klangschöne und reiche Volksmusik und Tanzkultur hervorgebracht hatte und pflegte. Die Multiethnizität dürfte sich mehr oder minder bis zur Gegenwart erhalten haben. Von der Volkszählung 1991 stammen die letzten demographischen Daten. Damals stellten sich die Region und ihre wichtigsten Kommunen mit folgenden (abgerundeten) Zahlen dar:<sup>114</sup>

	Region	Preševo	Bujanovac	Medveđa
Größe (qkm)	1249	264	461	524
Einwohner	102 000	38 500	50 000	13 500
Serben (%)	–	8	30	70
Albaner (%)		90	60	28
sonstige (%)		2	10	2

<sup>112</sup> Vesna Jeličić, *Posticaji razvoju nerazvijenih krajeva* [Anstöße für die Entwicklung unterentwickelter Regionen], in: *Politika*, 26.2.2001, S. 10.

<sup>113</sup> Ignacij Voje, *Nemirni Balkan – Zgodovinski pregled od 6. do 18. stoletja* [Unruhiger Balkan – Historischer Überblick vom 6. bis zum 18. Jahrhundert], Ljubljana 1994, S. 92ff; Gilbert *in der Maur*, *Die Jugoslawen einst und jetzt*, 2 Bde., Bd. I: *Aus der Geschichte der Südslawen*, Leipzig/Wien 1936.

<sup>114</sup> Von Vizepremier Čović am 9.2.2001 im Rahmen einer *Call-in*-Sendung bei RTS auf eine Zuschauerfrage hin verlesen.

Das Preševo-Tal ist die natürliche Verbindung zwischen den zwei großen balkanischen Senken, dem *Morava-Tal* (*Moravska udolina* bzw. albanisch *Lugina e Moravës*) und dem *Vardar-Tal* (*Vardarska udolina* bzw. albanisch *Lugina e Vardarit*). Es verbindet über den *Morava-Vardar-Kanal* zwei große Flußläufe, und es ist eine optimale Verkehrs-Trasse, durch die zum Beispiel die Zugverbindung Belgrad–Thessaloniki verläuft. Aber diese guten Voraussetzungen haben den drei Gemeinden keinen Segen gebracht, vielmehr gerieten sie nach kurzen Aufschwüngen in Stagnations- und Verfallsphasen, was sich im Detail so ausnahm:

□ *Preševo*:<sup>115</sup> Die Kommune, im Jahre 1381 als Diözesan-Zentrum erstmalig erwähnt, besteht aus 35 Siedlungen (*naselja*), von denen 34 Dörfer (*sela*) sind. Allein Preševo ist eine »Siedlung städtischen Typs« (*naselje gradskog tipa*). Mit einer durchschnittlichen Familiengröße von 6,3 Angehörigen (1981) und einer natürlichen Zuwachsrate von 2,5% (1981) lag Preševo hinsichtlich der Bevölkerungsdichte über dem Republiksdurchschnitt, obwohl es hier schon früh eine ökonomisch motivierte Migration ins Ausland gab. Die Hauptquelle der Subsistenz war für knapp drei Viertel der Bevölkerung bis 1971 die Landwirtschaft. Ihr Anteil wurde später durch die Vereinigung mit dem deutlich weniger agrarischen Oraovica (knapp 38% Landwirtschaft) statistisch vermindert. In der ethnischen Komposition dominierten 1981 die Albaner (85,3%), gefolgt von den Serben (12,4%) und den Roma (1,3%).

□ *Medveđa*:<sup>116</sup> Mit 33 Einwohnern pro Quadratkilometer gehörte die Kommune im Nordwesten des Preševo-Tals 1981 zu den dünnbesiedelten der Republik. Sie setzt sich aus 44 Siedlungen zusammen, sämtlich Dörfer, ausgenommen Medveđa selber. Traditionell lebten 90% der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Bis 1953 gab es einen Bevölkerungszuwachs, dem bis 1961 eine *stagnacija* folgte, die

<sup>115</sup> Jovan Ćirić, *Preševo*, in: Mihailo Maletić (Hg.), *Socijalistička Republika Srbija*, 5 Bde., Bd. III, Belgrad 1985, S. 495–498.

<sup>116</sup> Jovan Ćirić, *Medveđa*, ebd., S. 463–464.

wiederum von einer Entvölkerung (depopulacija) abgelöst wurde. Das Gros der ländlichen Migranten ließ sich im kommunalen Zentrum nieder, aber viele zog es auch bis nach Nord-Serbien oder ins Ausland. Bereits 1981 stellten die Serben (56,1%) das größte Bevölkerungskontingent, gefolgt von Albanern (32,0%) und Montenegrinern (9,9%). 1997 erreichte Medveđa lediglich 47,6% seines Entwicklungsniveaus von 1990.<sup>117</sup>

- *Bujanovac*:<sup>118</sup> Bis 1878 war die Kommune ein gewöhnliches Dorf, das von Veliki Trnovac, heute ein Vorort von Bujanovac, an Urbanität weit überflügelt wurde. Mit der Grenzziehung zum Osmanischen Imperium wurde es ein wichtiger Durchgangsort, dessen Bedeutung durch den Eisenbahnbau 1888 weiter stieg. Diese Blüte verfiel bereits 1912, als Serbien im Ersten Balkankrieg sein Territorium nach Süden erweiterte und Bujanovac sozusagen im Hinterland verschwand. Zwischen den Weltkriegen war es ein unbedeutendes Kreiszentrum in einer Region, die von Landwirtschaft und Weberei geprägt war. Nach 1945 erlebte es durch den neu eingeführten Tabakanbau eine geringe Belebung, kam aber nie hinaus über den »Status eines ökonomisch unzureichend entwickelten Gebiets«. Dennoch vergrößerte Bujanovac seine Bevölkerung bis 1981 um insgesamt 371% – verlor danach aber große Teile davon wieder im Zuge einer forcierten Migration. Diese wurde durch hohe Natalitätsraten partiell ausgeglichen. Die durchschnittliche Familiengröße betrug 1981 5,2 Mitglieder. Ethnisch präsentierte sich Bujanovac 1981 relativ ausgewogen: 55,4% Albaner, 34,1% Serben und 8,8% Roma.

Es ist anzunehmen, daß die Bevölkerung des Preševo-Tals zwar Familiengrößen und Geburtenraten aufweist, die den ähnlich hohen (und höheren) des Kosovo entsprechen, andererseits aber nicht die für die Kosovaren typische Immobilität zeigt.<sup>119</sup> Die große Mobilität der *Preševaren* war von der ökonomischen Rückständigkeit der Region motiviert – die 1999 gerade 35% des gesamtserbischen Durchschnitts

erreichte<sup>120</sup> – und teilte sich offenkundig allen lokalen Volksgruppen mit: In den 60er Jahren gingen zunächst zahlreiche Albaner ins westliche Ausland, vor allem in die Schweiz, in den 70ern folgten ihnen die Serben, die vorwiegend nach Deutschland gingen, oftmals aber auch nur in reichere Regionen Serbiens zogen. In den frühen 90er Jahren wurden Albaner aus Betrieben hinausgeworfen und wanderten ins Kosovo ab, Ende der 90er folgte noch eine albanische Fluchtwelle im Verlauf der NATO-Mission.<sup>121</sup> Der Lebensstandard der Region erreichte bereits im alten Jugoslawien nur 56% des gesamtjugoslawischen und lediglich ein Viertel des slowenischen Durchschnitts.<sup>122</sup> In den 90er Jahren konnten Bujanovac und Medveđa ihre Situation leicht verbessern, beispielsweise durch wachsende Industrieanteile an der Erwerbsstruktur (Medveđa 1988 54,8% und 1999 64,1%), während Preševo sich verschlechterte: 1998 lag das jährliche Durchschnittseinkommen in ganz Serbien bei 1700 US-Dollar, in Preševo aber nur bei 370 US-Dollar.<sup>123</sup>

## Zur politischen Bedeutung des Preševo-Tals

Gegenwärtig handelt es sich um Kommunen, »die der Durchschnitts-Serbe nur mit Mühe auf der Karte fände«,<sup>124</sup> weil ihre Standards sogar die Mittelwerte des verelendeten Serbiens noch unterschreiten: Die Wege der Region sind nicht asphaltiert, Wasserleitungen und Kanalisation schaffen ständig Probleme, und wenn die Orte überhaupt mit Strom versorgt sind, dann flackert der mit 100, 140 Volt, Telefonleitungen sind eine Seltenheit, und von den 45 000 Einwohnern von Preševo und Umgebung hat nur jeder *vierzigste* Arbeitsfähige einen Arbeitsplatz. Den infrastrukturellen Defiziten entsprachen die kulturellen: In den letzten zehn Jahren hatte es in der Region keine einzige Theateraufführung, Ausstellungseröffnung o.ä. gegeben. Erst seit dem Frühjahr 2001 regt sich in Bujanovac wieder ein lebendiger Kulturbetrieb mit

<sup>120</sup> Vesna Jeličić, Posticaji razvoju nerazvijenih krajeva [Anstöße für die Entwicklung unterentwickelter Regionen], in: Politika, 26.2.2001, S. 10.

<sup>121</sup> Tanja Jakobi, »Kupovina mira« [Aufkauf des Friedens], in: NIN, 12.4.2001.

<sup>122</sup> Radojka Nikolić, Životni standard najviši u Sloveniji [In Slowenien ist der höchste Lebensstandard], in: Politika, 3.2.2001, S. 25.

<sup>123</sup> Ausweislich einer Studie von Miroslav Dinkić, Bericht in: NIN, 12.4.2001.

<sup>124</sup> Dejan Anastasijević/Jovan Dulović, Zona visokog rizika [Zone hohen Risikos], in: Vreme, 30.11.2000, S. 8–11.

<sup>117</sup> Vesna Jeličić, Posticaji razvoju nerazvijenih krajeva [Anstöße für die Entwicklung unterentwickelter Regionen], in: Politika, 26.2.2001, S. 10.

<sup>118</sup> Jovan Ćirić, Bunjovac, in: Maletić, Socijalistička Republika Srbija, Bd. III, S. 410–414.

<sup>119</sup> Zum Kosovo vgl. Srdja Popović et al., Kosovoski čvor – drešiti ili seći? [Der Kosovo-Knoten – aufwickeln oder durchschneiden?], Belgrad 1990.

Theater, Kino, Photo-Ausstellung etc.<sup>125</sup> Völlig diskriminiert wurden die lokalen Albaner, die keine Medien in ihrer Muttersprache hatten, keine Arbeitsplätze in Staatsbetrieben fanden, in der Polizei überhaupt nicht vertreten waren<sup>126</sup> – alles Folgen der »Politik des Milošević-Regimes« gegenüber Albanern, das heißt »der hartnäckigen und systematischen Überzeugungsarbeit, daß Serbien nicht ihr Staat ist und sie in ihm nur Bürger zweiter Klasse sein können«.<sup>127</sup> Kein Repräsentant des alten Regimes hat sich jemals im Preševo-Tal sehen lassen, da die Region nur unter dem Blickwinkel von Wahlmanipulationen »interessant« war: Mehrere Tausend Albaner in einem Stimmkreis wählten *einen* Abgeordneten – 700 Serben im Nachbarbereich wählten *drei*.<sup>128</sup>

Westlich von Preševo, über Bujanovac bis Vranje, erstreckt sich die 5 Kilometer breite *Boden-Sicherheitszone*, die – wie erwähnt – im Juni 1999 zwischen NATO und VJ im Rahmen eines Vertrags vereinbart wurde, der vor allem den Abzug der VJ aus dem Kosovo regelte. Die Zone, die KFOR und VJ nicht betreten durften, war in mehrere *Sektoren* aufgeteilt (vgl. Karte auf S. 35<sup>129</sup>). Im südöstlichen *Dreigrenzeck* (Kosovo – Serbien – Makedonien) lag der Sektor *C-Ost*, ihm schloß sich der Sektor *B* an, der von Preševo bis nördlich Vranje reichte. Bis kurz vor Merdare erstreckte sich der Sektor *D*, die Nord- und Westregion bildete der Sektor *A*, dessen unterer Teil auf montenegrinischem Territorium lag, wo die Zone mit dem kleinen Sektor *C-West* endete. Seit November 1999 wurde die Zone von albanischen Extremisten eingenommen, die sich *Befreiungsarmee von Preševo, Bujanovac und Medveđa* (UÇPMB) nannten und für die Angliederung dieses *Ost-Kosovo* (wie das Preševo-Tal in kosovo-albanischen Medien mitunter bezeichnet wird) kämpften. Historisch richtig ist, daß die Region bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zum Kosovo gehörte, dann von ihm abgetrennt wurde; als Kompensation kamen ein paar serbisch dominierte Gebiete zum Kosovo – um, so die albanische Ansicht, den Bevölkerungsanteil der Albaner zu

senken. Diese Maßnahme hatte Spätfolgen: »[...] KLA<sup>130</sup> men, on a triumphant high and convinced that the West was unconditionally behind them, opportunistically decided to reconstitute a guerrilla force to assert irredentist claims«.<sup>131</sup>

Von Anfang an haben Serben und Albaner einander wechselseitig beschuldigt, an der Verschärfung der Lage allein schuld zu sein, während die NATO Distanz zu beiden hielt. Das änderte sich, die Serben wurden zurückhaltender und dialogbereiter, die Albaner nervöser und aggressiver.<sup>132</sup> Albanische radikale Gruppen versuchten, die nun eintretenden politischen Mißerfolge durch Waffengänge in den ihnen zugänglichen Regionen zu kompensieren und damit noch illegale Profitinteressen zu verbinden: »Peace in the Balkans is bad for the racketeers. They gain too much from disruption«.<sup>133</sup>

Die Situation im Preševo-Tal, wie sie von der UÇPMB geschaffen wurde, war vor zwei Jahren offenkundig für niemanden vorstellbar. In den einschlägigen Passagen des *Kumanovo-Abkommens*<sup>134</sup> wird jedenfalls nicht mit derartigen Entwicklungen gerechnet: »(I, 3, e) The Ground Safety Zone (GSZ) is defined as a 5-kilometre zone that extends beyond the Kosovo province border into the rest of FRY territory. It includes the terrain within that 5-kilometre zone. [...] (I, 4, a) The purpose of these obligations are as follows: To establish a durable cessation of hostilities, under no circumstances shall any Forces of the FRY and the Republic of Serbia enter into, reenter, or remain within the territory of Kosovo or the Ground Safety Zone [...] without the prior express consent of the international security force (K-FOR) commander. Local police will be allowed to remain in the GSZ. [...] (I, 4, b) To provide for the support and authorisation of the international security force (K-FOR) and in particular to authorise the international security force (K-FOR) to take such actions as are required, including the use of necessary force, to ensure compliance with this Agreement and protection of the international security force (K-FOR), and to contribute to a secure

125 Život zajedno [Leben gemeinsam], in: NIN, 1.3.2001.

126 Ausführlich geschildert von dem Albaner Shaip Kamberi vom Menschenrechtsrat in Südserbien in einem Interview mit dem albanischen Dienst der Deutschen Welle (DW), 6.12.2000.

127 Dejan Anastasijević, Kriza na jugu Srbije – Hrabrost za normalnost [Krise im Süden Serbiens – Mut zur Normalität], in: Vreme, 8.2.2001, S. 19–21.

128 Vojkan Ristić, Put kojim se rijetko ide [Ein Weg, den man selten geht], in: Dani (Sarajevo), 2.2.2001, S. 40–41.

129 Aus: Politika, 23.3.2001.

130 Kosovo Liberation Army; englische Bezeichnung für UÇK.

131 Tim Judah, Greater Albania?, in: Survival, 43 (Sommer 2001) 2, S. 7–17 (11).

132 Božo Nikolić, Kopnena zona nesigurnosti [Bodenzone der Unsicherheit], in: Monitor, 23.2.2001, S. 18–20.

133 Judy Dempsey, Motley Group of Guerillas and Smugglers, in: Financial Times, 22.3.2001.

134 Wortlaut bei Erich Reiter (Hg.), Der Krieg um das Kosovo 1998/99, Mainz 2000, S. 272ff.



environment for the international civil implementation presence, and other international organisations«.

Neuere Stimmen in Serbien argumentierten im Zusammenhang mit dem Vertrag etwas zu viel mit Ausdrücken wie »Kapitulation« und »Okkupation«, was Obrad Stevanović, damals zusammen mit General Svetozar Marjanović Unterzeichner des Vertrags und derzeit Staatssekretär im serbischen Innenministerium, zu massivem Widerspruch reizte: Der *Kumanovo-Vertrag* war die beste Abmachung, die die BRJ bekommen konnte, er beendete die NATO-Attacken. Heutige Probleme in Süd-Serbien seien weder durch ihn noch durch die UN-Resolution 1244 verursacht, höchstens durch deren inkonsequente Implementierung.<sup>135</sup> Das traf gewiß zu, wie aber auch die *Sicherheitszone* zeitweilig ihrem Namen Hohn sprach. Die UÇPMB kontrollierte sie, bedrohte die lokale Bevölkerung und konnte das nicht zuletzt wegen eines kaum gestörten logistischen Rückhalts zum Kosovo tun,<sup>136</sup> weil »American and other NATO forces have failed to stop the cross-border guerilla activity«.<sup>137</sup>

Zu den »other forces« gehörten auch russische Truppen, die den entsprechenden Grenzabschnitt zusammen mit den Amerikanern bewachten und sich nach Aussagen von Albanern noch »kooperativer« verhielten als die US-Soldaten.<sup>138</sup> Auch ohne das hätte sich die KFOR vermutlich außerstande gesehen, hier einzugreifen. Bei Bedarf hätte sie aus der Luft attackieren können, aber »wünscht wirklich irgendwer, daß die NATO erneut aus der Luft Ordnung in Serbien schafft?«<sup>139</sup> Ende 2000 glaubten die neuen Machthaber in Belgrad noch, sie müßten KFOR, UNMIK und die internationale Gemeinschaft in einer Zehn-Punkte-Erklärung auf ihre »Verantwortung« hinweisen und vom UN-Sicherheitsrat fordern, daß »er möglichst kürzeste Fristen setzt und Maßnahmen zum Rückzug der Terroristen aus der Sicherheitszone ergreift«.<sup>140</sup> Damals trat vor allem Premier Zoran Đinđić überaus

135 Obrad Stevanović, Kumanovski sporazum je tehnički, a ne osnovni [Der Kumanovo-Vertrag ist technisch, nicht grundlegend], in: *Politika*, 22.1.2001, S. 7.

136 Südserbiens Zivilbevölkerung in Angst, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 2.2.2001, S. 6.

137 William Pfaff, Stopping Kosovar Attacks on Serbia Is a Mission for NATO, in: *International Herald Tribune*, 1.2.2001, S. 8.

138 Vladimir Radomirović/Milorad Vesić, Ovde nema pozitivnog ishoda [Hier gibt es keinen positiven Ausweg], in: *Reporter*, 28.3.2001, S. 8–13 (9).

139 Dejan Anastasijević, Kumanovski nesporazum [Das Mißverständnis von Kumanovo], in: *Vreme*, 28.12.2000.

140 Ebd.

martialisches auf: »Wir geben der Kfor-Friedenstruppe im Kosovo noch maximal 20 Tage Zeit, die Lage im Grenzgebiet zu stabilisieren. Sollten sich jedoch Indizien für eine albanische Offensive ergeben, wird unsere Polizei sofort intervenieren«.<sup>141</sup>

## Bewaffnete Albaner im Preševo-Tal

Die Albaner im Kosovo und im Preševo-Tal haben seit Beginn der 90er Jahre bei allen Ereignissen in Serbien einen *head-in-the-sand-approach* praktiziert und damit auch den Aufstieg der serbischen Opposition gegen das Milošević-Regime ignoriert. Folglich wurden sie von dem Sieg der *Demokratischen Opposition Serbiens* (DOS) und von der wachsenden Zustimmung der internationalen Gemeinschaft zu den neuen Machthabern in Serbien gleich doppelt überrascht. Sämtliche ihrer Reaktionen waren von steigender Nervosität geprägt, vor der letztlich auch UNMIK-Chef Bernard Kouchner resignierte. Als er Anfang Januar 2001 seinen Posten verließ, fand er deutliche Worte: »Mon message final est très simple: arrêtez les tueries, arrêtez la violence! Comme un ami, je veux vous prévenir: vous êtes en danger. Pour l'opinion publique internationale, les victimes sont [...] devenues les nouveaux oppresseurs«.<sup>142</sup> Kouchners Befund traf zu, seine Warnung wurde in den Wind geschlagen, womit ein *Circulus vitiosus* einsetzte, der allein Belgrad nutzte: Da albanische Extremisten serbische Dialogangebote mit Unruhen in Mitrovica, Konfrontation mit der KFOR und Terror in Süd-Serbien beantworteten, mußte sich die internationale Gemeinschaft, vor Ort vor allem mit der KFOR präsent, laufend deutlicher gegen die Albaner kehren und Belgrad zuwenden – wobei letztere Zuwendung die gewaltbereite Ungeduld auf albanischer Seite noch steigerte.<sup>143</sup> Kurz: Es handelt sich um eine der »Krisen, die [...] Relikte eines zurückliegenden blutigen Streits sind; sie brechen aus, weil sich die Lage schrittweise normalisiert – woran die Friedensverlierer kein Interesse haben; sie leben von den Spannungen«.<sup>144</sup>

141 Vgl. das Gespräch mit ihm, in: *Der Spiegel*, (2001) 1, S. 107–110.

142 Jean-Baptiste Naudet, Kosovo – le temps des frères ennemis, in: *Le Nouvel Observateur*, 31.1.2001, S. 32ff.

143 *International Crisis Group (ICG)*, Reaction in Kosovo to Kostunica's Victory, in: <http://www.intl-crisis-group.org>.

144 Christoph von Marschall, Gute Krisen, schlechte Krisen, in: *Der Tagesspiegel*, 6.3.2001.

Die (klangliche) Namensähnlichkeit der albanischen UÇPMB im Preševo-Tal mit der alten UÇK suggeriert die Annahme, es mit einem »Ableger«, mit einer »Thaçi-Armee« oder ähnlichem zu tun zu haben. So sagte es der serbische Premier Zoran Đinđić, aber das mußte nicht stimmen: Die albanischen Politiker des Kosovo, allen voran »Präsident« Ibrahim Rugova und »Premier« Hashim Thaçi, sind heillos zerstritten, was einem lachenden Dritten Chancen eröffnet: Ramush Haradinaj – ehemaliger UÇK-Kommandant, Benzin- und Zigaretten-Schmuggler und Gründer der *Allianz für die Zukunft des Kosovo* (AKK) mit Ambitionen auf die Präsidentschaft der »Republik Kosova«. <sup>145</sup> Ihm vor allem wird die Urheberschaft der UÇPMB, ihrer Bewaffnung und Instruierung zugeschrieben. Anderslautende Annahmen stützten sich vor allem auf die auch der NATO <sup>146</sup> bekannte UÇK-Taktik, <sup>147</sup> durch Angriffe auf serbische Polizeiposten »Überreaktionen« mit möglichst vielen zivilen Opfern zu provozieren, was irgendwann die NATO ins Kampfgeschehen einbezöge.

Im Jahr 2000 wurden in der Region 313 »terroristische Überfälle und Provokationen« gezählt, davon 285 allein in der Gemeinde Bujanovac. Von allen Aktionen richteten sich 287 gegen serbische Polizisten. Insgesamt wurden 17 Personen getötet (8 Polizisten, 9 Zivilisten) und 41 verletzt. <sup>148</sup> Diese relativ geringen Opferzahlen sprachen gegen die angebliche Stärke und Bewaffnung der UÇPMB, und eine Einzelaufstellung der schwersten Übergriffe <sup>149</sup> vermittelte ebensowenig den Eindruck, daß es die serbische Polizei mit einem zahlenmäßig starken und schwerbewaffneten Gegner zu tun hatte.

Waren die UÇPMB-Bewaffneten überhaupt Albaner? Eine bosnische Reportage aus Süd-Serbien weckte daran Zweifel. Darin wurde ein Albaner aus der Umgebung von Bujanovac (der um keinen Preis seinen Namen erwähnt haben wollte) mit folgender Aussage zitiert: <sup>150</sup> »Wir sind in Veliki Trnovac ungefähr Zehntausend. Trotz dieser Menge kennen wir uns alle. Bei

uns gibt es bewaffnete Leute. Es sind rund Dreihundert. Sie tragen Tarnuniformen. Sie ähneln den Četniks. Viele von ihnen sprechen schlecht Albanisch. Kein einziger von ihnen ist aus unserem Dorf. Das sind Söldner [plaćenici]. Sie erpressen von uns Schutzgelder [oni nas reketiraju].«

Die serbische Polizei, darunter eine *Eingreifbrigade* (Interventna policijska brigada) aus Belgrad, kontrollierte 10 bis 15% der 460 qkm großen Sicherheitszone; dieser Einsatz kostete Belgrad *täglich* mindestens drei Millionen Dinar (etwa 300 000 DM). <sup>151</sup> Das restliche Territorium der Sicherheitszone hielt die UÇPMB. Deren »Stab« lag ca. 15 km westlich von Bujanovac, direkt an der Grenze zum Kosovo, in dem Dorf Dobrosin, in welchem zu Jahresbeginn 2001 auch der »Jahrestag« der UÇPMB-Gründung festlich begangen wurde. Die (bis auf die Dörfer Gramada und Letovica) ausschließlich albanisch besiedelte Region Bujanovac war in drei »Sektoren« aufgeteilt: Den nördlichen Sektor kommandierte Muhamed Džemalj, den mittleren Sektor um Končulj Shefket Musliu, ein Autoschlosser aus Končulj, im Süden war es Shaqir Shaqiri, und eine gewisse Leitungsfunktion schien der Schneider Ridvan Qazimi einzunehmen, der in Presseberichten als »Kommandant Lešij« auftauchte. <sup>152</sup> Bedeutender war in jedem Fall Riza Halimi, Bürgermeister von Preševo und Chef der *Partei für demokratische Aktion* (PDD), dessen Abneigung gegen die Thaçi-Führung im Kosovo und Distanz zur UÇPMB bezeugt sind. Damit erwies sich Halimi auch als typischer Repräsentant der lokalen Albaner, die sich vor den UÇPMB-Bewaffneten fürchteten und jedes Gespräch beendeten, wenn diese in der Nähe waren.

## Abkürzungen

AKK	Allianz für die Zukunft des Kosovo
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
CIA	Central Intelligence Agency (USA)
DA	Demokratska Alternativa (Demokratische Alternative)
DOS	Demokratska Opozicija Srbije (Demokratische Opposition Serbiens)
EU	Europäische Union
FRY	Federal Republic of Yugoslavia
GSZ	Ground Safety Zone
ICG	International Crisis Group
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia

<sup>151</sup> Bericht in: *Politika*, 20.2.2001.

<sup>152</sup> Franz-Josef *Hutsch*, *Sieben Tage bis zum Krieg?*, in: *Hamburger Abendblatt*, 20.12.2000.

<sup>145</sup> Enver *Robelli*, *Haudegen mit Ambitionen*, in: *Tages-Anzeiger*, 17.2.2001.

<sup>146</sup> Vgl. das Interview mit NATO-Generalsekretär George Robertson, in: *NIN*, 1.2.2001, S. 14–16.

<sup>147</sup> Michael *Schwelien*, »Wir sind die Bodentruppe der Nato«, in: *Die Zeit*, 29.4.1999, S. 3.

<sup>148</sup> Vojkan *Ristić*, *Put kojim se rijetko ide* [Ein Weg, den man selten geht], in: *Dani* (Sarajevo), 2.2.2001, S. 41.

<sup>149</sup> In: *Vreme*, 30.11.2000, S. 9.

<sup>150</sup> Vojkan *Ristić*, *Put kojim se rijetko ide* [Ein Weg, den man selten geht], in: *Dani* (Sarajevo), 2.2.2001, S. 41.

## Abkürzungen

JUL	Jugoslavenska Levica (Jugoslawische Linke)
KFOR	Kosovo Force
KLA	Kosovo Liberation Army
MANU	Makedonska Akademija na Naukite i Umetnostite (Makedonische Akademie der Wissenschaften und Künste)
NGO	Non-Governmental Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
PDD	Partia e Djathtë Demokratike (Rechte Demokratische Partei)
PDP	Partija za Demokratski Prosperitet (Partei der demokratischen Prosperität)
RTS	Radio Televizija Srbije
SPS	Socialistička Partija Srbije (Sozialistische Partei Serbiens)
UÇK	Ushtrisë Çlirimtare të Kosovës (Kosovo Liberation Army)
UÇPMB	Ushtria Çlirimtare e Preshevës, Medvegjës dhe Bujanovcit (Befreiungsarmee für Preševo, Medveđa und Bujanovac)
UN	United Nations
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
VJ	Vojska Jugoslavije (Armee Jugoslawiens)
ZSB	Združene Sile Bezbednosti (Vereinigte Sicherheitskräfte)